Einzelnummer 30 Pfg.

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Bezirk Halle

und sämtliche Unterbezirke (Kreise) im Reg.-Bez. Merseburg. **Erscheint** täglich außer Sonn- u. Feiertags **in Halle a. S.**, Sonnabends mit der illustrierten Beilage **„Volk und Zeit“.**

Redaktion: Halle a. S., Gr. Brauhausstr. 17. Fernspr. 6802. Sprechstunde täglich von 11—12

Verlag u. Expedition: Halle. Gr. Ulrichstr. 27. Fernspr. 5407. Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573

Nr. 5

Bezugspreis: Durch Austräger zugestellt monatlich 6.00 Mk. einschließlich Trägerlohn. Für Abholer 5.50 Mk. Durch Postbezug im Vierteljahr 18.—; monatlich 6.00 Mk. einschl. Bestellgeld.

Halle, Freitag, den 7. Januar 1921

Anzeigenpreis: [illegible] das Millimeter 60 Pf., desgleichen Reklame im dreigespaltenen Textteil 2.50 M. Schluß der Anzeigen-Annahme für die nächste Ausgabe morgens 9 Uhr.

5. Jahrgang.

Die Unsicherheit in Oberschlesien.

Oppeln, 6. Jan. Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen hatten heute eine Unterredung mit der Interalliierten Kommission über die Sicherheitsverhältnisse in Oberschlesien. Von seiten der Interalliierten Kommission nahmen außer General Lerond Oberst Percival und General De Marinis teil. **Die Gewerkschaftsvertreter legten die augenblicklichen Verhältnisse eingehend klar und bedauerten, daß die Unsicherheit in Oberschlesien Formen angenommen habe, die als unerträglich bezeichnet werden müßten.** Seit dem 1. September seien in Oberschlesien 45 Morde vorgekommen, darunter im Kreise Beuthen allein 13. — Aber nur in 5 von allen diesen Fällen war es möglich, ein eigentliches Verfahren durchzuführen, da man die Mörder nicht fassen konnte. Im Verlaufe der Besprechung wurde von General Lerond die Frage aufgeworfen, ob das Banditenwesen in irgendeinem Zusammenhange mit bolschewistischen Tendenzen gebracht werden könne. Seitens der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen wurde dies bestritten. Die Gewerkschaftsvertreter forderten, daß die Interalliierte Kommission energisch durchgreifen solle, und vor allem Truppen zu Nachtpatrouillen in den ländlichen Bezirken Verwendung finden sollten. Seitens der polnischen Vertreter **wurde ausdrücklich eine Verschärfung der Grenzkontrolle nach allen Seiten hin als notwendig anerkannt und gewünscht. Im Namen der Interalliierten Kommission versprach Lerond energisch durchzugreifen und Anweisungen zu geben, daß sowohl die Justizbehörden, die staatliche Polizei, als auch die Kreiskontrolleure den Verhältnissen mehr als bisher Rechnung tragen und das Bandenwesen mit allen erdenklichen Mitteln bekämpfen sollen. Künftighin solle sowohl an der Grenze wie in den ländlichen Bezirken des Nachts militärische Patrouillen ausgeschickt werden.**

Die nächsten Tage werden zeigen, ob es der Interalliierten Kommission mit den Versprechungen wirklich ernst ist. Nach Lage der Verhältnisse ist anzunehmen, daß die Gewerkschaften aller Richtungen und beider Nationen darauf dringen werden, daß die Interalliierte Kommission ihre Pflicht in bezug auf Gleichheit und Gerechtigkeit erfüllen muß.

Kein Zusammenarbeiten mit den Kommunisten.

Flensburg, 6. Jan. Heute ist hier alles ruhig. Die Verurteilung des wahnwitzigen Putsches auf die Kasernen ist allgemein. Man kann sich die Sache gar nicht anders vorstellen, als daß Spitzel, die sich äußerlich den Anschein von Kommunisten geben, die Hand im Werke haben, besonders da man weiß, daß die Reaktion nur auf einen Anlaß wartet, um die organisierte Arbeiterschaft zu Unbesonnenheiten zu verleiten, die dann Anlaß zum Blutvergießen geben. Leider hat die Zahl der Opfer sich seit gestern auf 14 erhöht.

Am gestrigen Mittwoch abend tagte in Flensburg eine von 400 Delegierten besuchte Sitzung der Vorstände der Gewerkschaften, sowie der Vorstände der S. P. D., der U. S. P. und der Vertreter der Betriebsräte. Mit sämtlichen gegen 9 Stimmen wurde eine Entschließung angenommen, in welcher jegliches fernere Zusammenarbeiten mit den Kommunisten abgelehnt und zum Ausdruck gebracht wird, daß das Verhalten der bis aufs Blut gereizten Sicherheitspolizei verständlich und gerechtfertigt erscheint. Außerdem wurde noch folgender Antrag angenommen:

„Wir fordern die Auflösung des revolutionären Arbeitslosenrates und die Wahrnehmung der Interessenvertretung der Erwerbslosen durch Vertreter der freien Gewerkschaften.“

Der Bezirksverband der Sozialdemokratischen Partei Schleswig-Holsteins erläßt zu gleicher Zeit einen Aufruf im gleichen Sinne wie die Flensburger Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre. Die einzig Schuldigen an dem Flensburger Blutbad sind die unverantwortlichen kommunistischen Drahtzieher, von denen unsere Partei abzurücken habe. Die Parteigenossen von ganz Schleswig-Holstein werden aufgefordert, nur den Weisungen der Parteileitung zu folgen.

Der kommunistische Revolutionsvortrupp.

Dresden, 6. Jan. Zu Beginn der heutigen ersten Sitzung des sächsischen Landtages nach den Ferien verlangten die Kommunisten stürmisch die sofortige Beratung ihres Antrags betreffend Unterstützung der Erwerbslosen, der gegen den Willen des Präsidenten unter großem Lärm auf den Tribünen verlesen wurde. Der kommunistische Abg. Renner wies auf die getroffenen polizeilichen Maßnahmen hin, was erneut wilde Pfuirufe hervorrief, und beantragte, daß der Präsident den Antrag betreffend die Unterstützung der Erwerbslosen sofort auf die heutige Tagesordnung setze und auch sofort eine Abordnung der Erwerbslosen im Hause empfange. Diese Anträge wurden vom Hause abgelehnt. Unter andauerndem ungeheuren Lärm sah sich der Präsident gezwungen, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung des Landtages teilte der Präsident mit, daß je ein Mitglied der verschiedenen Fraktionen bestimmt worden sei, um mit der Abordnung der Erwerbslosen zu verhandeln. Darauf wurde die Tagesordnung ohne weitere Störung erledigt.

Dresden, 6. Jan. Heute vormittag fanden hier mehrere Versammlungen Erwerbsloser statt, nach deren Schluß sich geschlossene Demonstrationszüge bildeten. Die Polizei hatte alle erforderlichen Vorkehrungen getroffen. Das Landtagsgebäude war im weiten Umkreise abgesperrt. Zu Zusammenstößen ist es nirgends gekommen.

Auch in Leipzig und Chemnitz fanden Erwerbslosendemostrationen statt, die ohne Zwischenfall verliefen.

Die Braunschweiger Regierungskrise.

Braunschweig, 6. Jan. Der Landtag hat den Antrag der Rechtsparteien auf Einsetzung eines Kontrollausschusses für die Anstellung von Schutzpolizeibeamten, in welchem die Regierung ein Mißtrauensvotum erblickt und weswegen sie die Vertrauensfrage gestellt hatte, mit 31 gegen 27 Stimmen abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wurde dann die Regierungsvorlage wegen Vermehrung der Schutzpolizei mit 30 gegen 28 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Neue Kohlenforderungen der Entente.

Die Entente hat eine neue Forderung auf Mehrlieferung von Kohle erhoben. Es handelt sich um 200 000 To. monatlich. Außerdem erhebt sie Anspruch auf die einmalige besondere Lieferung von 250 000 Tonnen für diejenigen Kohlenmengen, die wohl von den Gruben abgesandt wurden, aber nicht an ihrem Bestimmungsort anlangten. Als Gegenleistung wollen die Alliierten die Zahlung der Fünf-Goldmarkprämie einstellen.

Wem steigt bei solchen Nachrichten nicht ein bitteres Gefühl im Innern auf? Bergarbeiter und Transportarbeiter quälen sich, um die alten, wirklich nicht geringen Forderungen zu erfüllen. Aber der siegreiche Ententekapitalismus ist unerbittlich, wie es der deutsche auch sein wollte. Das jetzige Vorgehen des Wiedergutmachungsausschusses erscheint fast wie eine Strafe für die oben genannten Berufsschichten, und es ist mindestens fraglich, ob die deutschen Bergarbeiter und die Bergarbeiterinternationale diesen Forderungen geduldig und wehrlos gegenüberstehen werden.

— — — — — — — magst ruhig sein!

München, 6. Januar. Die „Frankf. Ztg.“ meldet: Während die politischen Erörterungen im Reiche, wie im Auslande von der Frage der Entwaffnung Deutschlands beherrscht werden, könnte man aus der gegenwärtigen Haltung der öffentlichen Meinung Bayerns schließen, daß man der weiteren Entwickelung des Konflikts in dem Lande, in dem er seine eigenen Wurzeln hat, mit fast erstaunlicher Gelassenheit gegenübersteht. Seitdem vor einer Woche die französische Gewaltandrohung die bayerische Presse in eine plötzliche Erregung versetzt hatten, hat sich inzwischen scheinbar ein Umschwung im Sinne einer wesentlichen Beruhigung vollzogen. Von der bayerischen Regierung geht diese Wirkung nicht aus, sie hat noch keine eigene Stellungnahme gegenüber den dringenden Entscheidungen erkennen lassen. Das Kabinett ist zwar seit einigen Tagen wieder versammelt, aber man hat nichts davon gehört, daß sich der Ministerrat bereits mit dem Problem oder den Problemen, die Bayerns und des Reiches Schicksal gleichmäßig tief berühren, befaßt habe. Da der Landtag erst Anfang nächster Woche seine Tätigkeit wieder aufnimmt, werden auch die Parteien kaum vorher Gelegenheit haben, in eine Beratung der Frage einzutreten.

Keine Umbildung des französischen Kabinetts.

Paris, 6. Januar. „Petit Parisien“ erklärt, daß die Mitteilung, Ministerpräsident Leygues denke an eine teilweise Umgestaltung seines Ministeriums, nicht den Tatsachen entspreche. Nur wenn einer der zur Wahl in den Senat stehenden Kandidaten aus dem Kabinett am Sonntag durchfallen werde, werde er nach den bestehenden Bestimmungen auszuscheiden haben.

Die schwedische Regierung hat als erste der Signatarstaaten das Protokoll ratifiziert, das die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes beglaubigt. Das Statut des internationalen Gerichtshofes tritt in Kraft, sobald es von der Mehrheit der Völkerbundsmitglieder ratifiziert ist.

Die Eisenbahnerbewegung.

Berlin, 6. Jan. Der Reichsverkehrsminister hat den aus den Verhandlungen des Staatssekretärs Stieler mit den Gewerkschaften des Eisenbahnpersonals am 5. Januar hervorgegangenen Einigungsvorschlag über die Erhöhung der Teuerungszuschläge zu den Beamtengehältern und Arbeiterlöhnen gebilligt und der Reichsregierung zur Annahme empfohlen.

Die Eisenbahnerorganisationen werden es wohl damit kaum so eilig haben, denn die Not des Reiches scheint im Ergebnis jener Verhandlungen weitgehender berücksichtigt worden zu sein als die Not der Eisenbahner.

Die Freigeld-Utopie.

Friedrich Olk, Elberfeld.

Am Sonntag beginnt der Deutsche Freiland-Freigeld-Bund unter dem ziemlich anspruchsvollen Titel „Volkswirtschaftlicher Volkshochschul-Kurs“ eine Reihe von Vorträgen über die Gesellsche Freigeldtheorie. Wir bringen, um unseren Standpunkt dazu zu präzisieren, einen längeren Artikel aus der Feder eines erfahrenen Genossen. Wir verhehlen uns dabei nicht, daß zu seinem Verständnis eine ziemliche Bekanntschaft mit unseren volkswirtschaftlichen Anschauungen und der Marxschen Werttheorie notwendig ist. Gebiete, die wir infolge des Krieges und der darauf folgenden Zeit in unseren Parteiunterrichtskursen arg vernachlässigen mußten.

Die Redaktion der Volksstimme.

Die Gesellsche Freiland-Freigeld-Theorie hat in letzter Zeit, besonders unter den Festbesoldeten und Beamten festen Fuß gefaßt. Der Extrakt dieser Theorie ist das sogenannte Freigeld oder neuphysiokratische Geld, wohl auch Schwundgeld deshalb genannt, weil es nach Gesell wöchentlich 1 Tausendstel seines Wertes einbüßt, die Sparfunktion des Geldes verliert und die Zinswirtschaft und die kapitalistische Ausbeutung unmöglich machen soll. Die rührigen Anhänger dieser Idee schwören Stein und Bein darauf, durch diese Idee dem „veralterten“ Marxismus neues Blut einpumpen zu können.

Da der Marxismus für uns kein Dogma ist, haben wir vorurteilsfrei auch die Freigeldidee zu prüfen, um zu erkennen, was an ihr eigentlich ist und ob wir sie im Kampfe gegen die kapitalistische Ausbeutung gebrauchen können. Die Freigeldleute haben darin allerdings Recht, daß Karl Marx natürlicherweise die Entwicklung der letzten Jahrzehnte nicht beurteilen konnte, eben weil diese Entwicklung von Faktoren bestimmt war, von denen Karl Marx nichts wußte und die Strukturen unseres Wirtschaftsleben und der Bevölkerung sich bis in die letzte Proletarierhütte hinein bedeutend verändert haben. Jedes Neue muß aber billigerweise darauf untersucht werden, ob es in Wolken schwebt oder mit den tatsächlichen Verhältnissen in Einklang zu bringen ist. Man vermißt in den Ausführungen der ganzen Freilandliteratur in erster Linie die wissenschaftliche Begründung, Definitionen, die Hand und Fuß haben. Und so scheint mir in erster Linie die Untersuchung am Platze zu sein, inwieweit das Freigeld demgegenüber Stand hält, was wir über das Geld aus der Beobachtung seiner Stellung in der Volkswirtschaft wissen.

Goldgeld stellt sich als Wertkristall dar, das eine gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkörpert, also Eigenwert und Ware ist, was ja Silvio Gesell gar nicht bestreitet, wenn er das Geld, im allgemeinen Sinne genommen, möglichst als Ware verschlechtern will, um es als Tauschmittel verbessern zu können. Als Tauschmittel ist Goldgeld (Hartgeld) nichts anderes, als ein gesellschaftliches Verhältnis, ausgedrückt in einer Sache, im Gegensatz zum Papiergeld, das ebenfalls ein gesellschaftliches Verhältnis ist, das aber durch irgendeine Stelle bewußt geregelt wird. Betrachten wir die Gewinnungsgeschichte des Goldes, so kommen wir nicht über die Erkenntnis hinweg, daß in diesem Goldwert Wert steckt, daß Goldgeld gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit verkörpert, und daß das Kapital aufgespeicherter Mehrwert ist, wie man sich den Zins nur als aus Mehrwerten entstanden denken kann.

Drückt sich das Goldgeld an und für sich als gesellschaftliches Verhältnis in einer Sache aus, so muß dieses gesellschaftliche Verhältnis beim Papiergeld bewußt geregelt werden. Papiergeld ist kein Wertkristall wie das Gold. Soll Papier Geld werden, so muß es in der Zirkulation aufgehen. Nur im Geldverkehr spielt es die Rolle des Geldes, weil es die Zirkulation vermittelt. Dazu ist es vorerst mal imstande, weil es vom Staat bewußt geregelt wird, d. h. weil es mit einem Zwangskurs ausgestattet ist und somit als gesetzliches Zahlungsmittel angesehen wird. Soll das Papiergeld aber seinen Nominalwert behalten, so darf es das für den Geldverkehr erforderliche Maß niemals überschreiten, mit anderen Worten, es darf nicht über die Zirkulationsmenge hinauswachsen. Das Zirkulationsminimum (Unterschied zwischen der vorhandenen Menge des Marktgeldes und der Preissumme der Waren) kann durch Papiergeld ausgefüllt werden. Vermehrt sich aber das Papiergeld über das Minimum hinaus, übersteigt es das Zirkulationsminimum, so tritt unbedingt eine Entwertung dieses Papiergeldes ein. Gegen diese Tatsache hilft auch nicht die bewußte Regelung durch den Staat, denn das wertlose Papier erhält tatsächlich erst seinen Wert dadurch, daß der Wert der vorhandenen Warenmasse auf das Papiergeld reflektiert wird. Reflektierter Arbeitswert macht das Papier erst zu Geld. **Will der Staat das Papiergeld** auf seinem Nominalwert **halten, so darf das durch das** Zirkulationsminimum festbegrenzte **Maß von Papiergeld** nicht überschritten werden, tritt aber trotz alledem eine Uebererhöhung ein, so erfolgt Kursschwankung. Das Papiergeld sinkt in seinem **Wert, es wird** schlecht und

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210107-17/fragment/page=0001

alle Warenpreise erhöhen sich um das sogenannte Agio, d. h. um den Unterschied der Größe der Entwertung des Papiergeldes gegenüber dem Metall. Das Leben wird dann teuer, feste Einkommen erleiden Verluste, der Staat zieht Papiergeld als Steuer ein, muß aber dann im Auslande, wie es heute Deutschland passiert, für Hartgeld oder Devisen, die vollwertigem Geld gleich sind, kaufen, und gerät mehr und mehr in Schulden. Gewinnen werden z. B. die Inhaber langfristiger Schulden, die gutes Geld aufgenommen haben und nun schlechtes Geld abstoßen können. Die Schäden der Papierwährung sind indezug auf die Aufstellung des Etats, die Kalkulation des Kaufmanns, das Einkommen des Arbeiters und Beamten, gar nicht zu verkennen. Diesen Schäden gegenüber sind die vorgeschlagenen Hilfsmittel, gleitende Lohnskala, Anpassung des Steuerzolls an die Kaufkraft des Geldes, eben nur Hilfsmittel.

Es gibt nur zwei Wege, um aus der Papiergeldflut herauszukommen: Erstens der Staat versucht, das Papiergeld auf seinem Nominalwert zu heben und löst es dann durch Metallgeld ein. Das ist der Weg, der ohne Staatsbankerott eigentlich in Betracht kommt, der aber sehr lang ist. Rußland gebrauchte über 100 Jahre, um von der Papierwährung wieder zur Goldwährung zu gelangen. Wollen wir das wirtschaftliche Elend in Deutschland aber nicht auf den Höhepunkt treiben, so ist dieser Weg der einzig mögliche. Darum interessiert den Finanztechniker an der Frage des Reichsnotopfers mehr als die einkommende Steuer die Besserung unseres Papierkurses. Deshalb muß man sich gegen eine Zwangsanleihe wenden, die ein Plus von 20 Milliarden bringt, aber nur bei 4 Prozent Verzinsung fast eine Milliarde Zinsen erfordert.

Der zweite Weg ist die Entwertung des Papiergeldes, die sogen. Devaluation, d. h. der Staat sieht der Tatsache des gesunkenen Papierwertes furchtlos ins Auge und erklärt seine Unfähigkeit, sein Papiergeld überhaupt einlösen zu können. Das ist partieller Staatsbankerott, unter dem gerade die Arbeiter und Festbesoldeten am meisten leiden würden. Wenn Silvio Gesell den Umtausch des alten Papiergeldes gegen das neue Freigeld will, so sind alle Merkmale des Staatsbankerotts gegeben.

Aus der volkswirtschaftlichen Tatsache, daß das Geld immer die Form des Geldes der Völker angenommen hat, mit denen ein Volk handelt, schließe ich, daß wir unbedingt zur Goldwährung zurück müssen. So lange wir keinen stabileren Wertstoff kennen als das Gold, kommen wir an der Goldwährung nicht vorbei. Voraussetzung für eine Geldreform ist aber eine weise, sehr weise Staatspolitik, die den Wohlstand eines Volkes fördert. So ist die Frage einer Geldreform nie isoliert, sondern zugleich eine wirtschaftliche und politische Frage. Wenn man aber bedenkt, daß Rikisch dem Silvio Gesell vor dem Münchener Standgericht bezeugt und beschworen hat, daß Gesell ein „politisches Kind" ist, so glaube ich doch hier aussprechen zu müssen, daß Silvio Gesell und die Freigeld-Gesellschaft nicht die richtigen Schmiede sind.

Was bleibt eigentlich vom Freigeld übrig, wenn man es von seinem agitatorischen Machwerk entkleidet? Mit einem Geld ohne Kursschwankung hat man sich schon lange vor Gesell in der Fachliteratur beschäftigt. Diese Frage lösen, hieße die volkswirtschaftliche Quadratur des Zirkels finden. Natürlich würde ein solches Geld einen idealen Tauschverkehr schaffen, aber man soll doch nicht in den Wolken schweben, die Realitäten übersehen und die Schwierigkeiten unterschätzen. Die Idee eines idealen Papiergeldes ist schon lange vor Gesell gedacht. Heyn und Knapp haben sich, wenn auch mehr in juristischer Form, mit dieser Frage beschäftigt. Sie sind zu folgendem Trugschluß gekommen: „Geld hat einen selbständigen Wert, der von dem Wert seines Materials unabhängig ist und sich auf die gesetzlich festgestellte Zahlkraft stützt. Wertmaß sei nicht das Geld, sondern die Mark." Wenn dem so ist, könne man schließen, daß das Geld nur gesetzliches Zahlungsmittel ist, und der Staat jedes Ding (Metall, Papier, Holz usw.) als Geld erklären kann. Der Staat hätte nun nötig, den Wert des Geldes zu proklamieren, seine Einheit historisch zu definieren und dieses Geld vor Nachahmung zu schützen. Wir würden dann mit gefermten beweglichen Sachen zahlen, die Zeichen tragen, denen eine juristische Bedeutung zukommt, wie denn die Freigeldidee unter dem logischen Mangel leidet, daß sie an dem Geld einzig und allein die formal-juristische Seite berücksichtigt.

Was kann nun aber der Staat dem Papiergeld gegenüber und was kann er nicht? Er kann durch seine Macht unzweifelhaft Einfluß auf die Feststellung des Geldwertes ausüben. Er kann, soweit sein finanzieller Rückhalt reicht, den Kurs des Papiergeldes senken oder steigern, was aber jeder Privatmann, der über dieselben finanziellen Reserven verfügt, auch tun kann. Dasselbe Manöver, das Witte in Rußland um die Jahrhundertwende vornahm, um den Spekulationen mit dem russischen Papierrubel an der Börse in Moskau und Petersburg ein Ende zu machen, nahm Morgan 1907 vor. Der Staat kann aber nicht seinen Einfluß auf den proklamierten Geldwert behaupten, wenn die zu laufenden Warenmassen nicht vorhanden sind, d. h. wenn der reflektierte Arbeitswert dem Papier fehlt und die proklamierte Wertfestsetzung durch den Staat nicht im Einklang mit den wirtschaftlichen Bedingungen steht. Die terroristischen Mittel der französischen Revolution konnten es nicht verhindern, daß die französischen Assignaten ihren proklamierten Wert verloren und zuletzt auf 1/6666 ihres Nominalwertes standen. Auch in Sowjetrußland, wo man der Devaluation scheinbar nicht mehr ausweichen kann und wo der Sowjetrubel nur noch 1/1225 seines Nennwertes hat, kommt man nicht über die ökonomischen Faktoren hinweg, obwohl es den russischen Machthabern wirklich nicht an Machtmitteln fehlt. Die Idee des proklamierten Geldwertes hat bereits der russische Publizist Possoschkoff, ein Zeitgenosse Peters des Großen, vertreten, der den Grundsatz aufstellte, der russische Rubel dürfe nicht nach Gold und Silber geschätzt werden, wie es die Ausländer tun, sondern der Wert des Rubels würde bestimmt durch das Wort des Fürsten. Die russische Regierung prägte damals aus einem Pud Kupfer, der in normalen Zeiten für 5 Rubel ausreichte, 382 Kupferrubel, mit dem Erfolge, daß die Bevölkerung sich weigerte, den völlig wertlosen Rubel anzunehmen und dieses Kupfergeld eingezogen werden mußte. Steht hinter dem Schwundgeld der Neuphysiokraten kein Wert, haftet an ihm nicht der reflektierte Arbeitswert, so wird es ihm in ganz kurzer Zeit ergehen, wie es den französischen Assignaten, dem Sowjetrubel und dem Kupfergeld Peters des Großen ergangen hat. Die Gefahr wäre vorhanden, daß sich jeder scheuen würde, überhaupt in den Besitz des Goldgeldes zu kommen, und der Rückschritt zum direkten Tauschhandel würde Tatsache werden.

Gesell will die Nachfrage zu einer Sache machen, die vom Willen des Geldbesitzers befreit ist. Dadurch will er die Zirkulation des Geldes beschleunigen und so spielend die Krise aus der Welt schaffen. Wie die ganze Freigeldliteratur die Wert- und Preistheorie verkennt, so übersieht sie hier, daß die Warenzirkulation die Geldzirkulation und nicht die Geldzirkulation die Warenzirkulation bedingt. Für die Warenzirkulation ist die Kaufkraft ausschlaggebend, deren Merkmal immer vollwertiges Geld war. Wir können die Welt mit Freigeld überschwemmen, wenn das Geld aber wertlos bleibt, d. h. die Warenpreise steigen, werden die Waren träg bleiben. Die Zirkulation des Geldes ist eben kein Ding für sich, sondern ist mit der allgemeinen Ordnung und Entwicklung des wirtschaftlichen und Kulturlebens eines Volkes verbunden. Wenn man die Geldzirkulation zum Motor unseres wirtschaftlichen Lebens machen wollte, so hieß das, das Pferd beim Schwanz aufzäumen zu wollen. Die Einführung des Freigeldes würde wahrscheinlich in den ersten Tagen einen Orkan in der Geldzirkulation hervorrufen, dann aber die Warenträgheit in Permanenz schaffen.

Knapp, einer der Väter des idealen Papiergeldes, hat seine Theorie selbst als undurchführbar bezeichnet, nicht zuletzt in Rücksicht auf unsere Zahlungsbilanz und Einfuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland. Führten wir in Deutschland das Schwundgeld ein, so entstünde die Frage, mit welchem Geld würden die ausländischen Importeure zu bezahlen sein. Silvio Gesell, der bekanntlich alles Gold in Form von Armbändern, Uhrketten an die Bräute Deutschlands verschenken will, und sich mit diesem Vorschlag wohl die Sympathie aller Bräute in Deutschland erwerben wird, will zugleich aber mit diesem bereits verschenkten Golde unsere Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr bezahlen. Zu diesem Zwecke soll das nur zu demittleidende Reichswährungsamt in Berlin „einige Barren Gold in Vorrat behalten".

Wie wird sich dieser Vorschlag in der Praxis ausnehmen? Wir haben schon die letzten fünf Jahre vor 1913 durchschnittlich jährlich eine um 1,48 Milliarden Mark größere Einfuhr als Ausfuhr gehabt. Wenn unser Nationalvermögen sich dennoch steigerte, lag das an den Frachten und an dem Zinsertrag des deutschen Kapitals im Ausland. Das fällt heute schon weg. Durch das Spa-Abkommen haben wir tatsächlich unsern Kohlenexport aufgegeben, der 1913 noch 706 Millionen Mark gleich 7 Prozent der gesamten Ausfuhr ausmachte. Durch den Versailler Vertrag sind weitere wichtige Ausfuhrposten von unserer Ausfuhrliste gestrichen, z. B. Eisenwaren mit 1322 Millionen, gleich 13 Proz. der Ausfuhr, Maschinen mit 751 Millionen, gleich 7,5 Prozent der Ausfuhr, Textilwaren mit 1150 Millionen Mark, gleich 11,5 Prozent der Ausfuhr, Zucker mit 264 Millionen Mark, gleich 2,6 Prozent der Ausfuhr usw. Unsere Einfuhr kann wohl heute kaum reduziert werden, denn schon 1913 waren 63,6 Proz. unseres gesamten Imports Lebensmittel und Rohstoffe. Wenn in der Freigeldliteratur immer auf Kali, Bücher, Noten, Farbstoffe usw. hingewiesen wird, so muß hier festgestellt werden, daß diese Ausfuhrartikel ganz verschwindend kleine Posten ausmachen. Kali z. B. 63 Millionen, gleich 0,6 Prozent der Ausfuhr. Bücher, Karten, Noten usw. 74 Millionen, gleich 0,8 Prozent der Ausfuhr. Unsere Einfuhr macht aber eine zweistellige Milliardenzahl aus. Angesichts dieser Tatsachen kann man mit ruhigem Gewissen über die Freiland-Freigeld-Bewegung das Urteil fällen:

Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
Doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.

Legen wir unser Urteil über das „illusionäre" Geld in folgenden Sätzen fest: Die Freiland-Freigeld-Bewegung übersieht völlig die tatsächlichen ökonomischen Voraussetzungen. Eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse kann nicht von einer spekulativen Betrachtung über irgend eine Geldreform ausgehen. Die Fragestellung darf nicht lauten: „Welches Geld?", sondern: „Wie führen wir auf Grund von Besitzsteuern den Kampf gegen die Papiergeldflut durch?" Durch die Freiland-Freigeld-Bewegung wird der Kampf gegen die Sozialisierung begünstigt und der Privatkapitalismus und die Profitwirtschaft gestärkt. Für die Steigerung der Produktion und den Abbau der Preise kommt in erster Linie die Lösung der Sozialisierungsfrage in Betracht. Nicht zu übersehen ist die Vermutung weiter Kreise, daß hinter diesem Freigeld wahrscheinlich das Hartgeld der Sozialisierungsgegner steht.

50 Jahre Deutsches Reich.

Berlin, 5. Jan. Ueber die Feier des Reichsgründungstages trifft nachstehender Erlaß des preußischen Unterrichtsministers Bestimmung:

„Am 18. Januar sind 50 Jahre vergangen, seit die deutschen Stämme sich zum Deutschen Reich zusammengeschlossen haben. Dieser Tag soll in allen Schulen würdig und eindrucksvoll durch eine dem Ernste der Zeit entsprechende schlichte und stille Feier begangen werden.

Ueber alles Trennende der Meinungen hinaus ist im deutschen Volke das Bewußtsein seiner Einheit lebendig. Die Gedenkfeier des 18. Januar wird daher nur dann der Bedeutung des Tages gerecht werden, wenn sie aus dem Empfinden unseres gesamten Volkes heraus gestaltet wird. Jede Ausnutzung der Feier zu parteipolitischen Zwecken, insbesondere zur Verherrlichung der früheren Staatsform, ist daher unbedingt zu unterlassen.

Angesichts unserer inneren und äußeren Lage spreche ich die bestimmte Erwartung aus, daß in diesem Sinne von allen beteiligten Stellen verfahren wird.

Der Unterricht fällt an diesem Tage nicht aus."

*

Nachdem das Kabinett Fehrenbach den Weg aller unentschlossenen Naturen gegangen ist, den Mittelweg, der weder Ja noch Nein ist, nachdem es nicht wagte, aus dem Tage einen deutschnationalen gesetzlichen Feiertag zu machen,

Das Stefesik-Haus.

Roman von Béla Bacsó.

Einzigberechtigte Uebertragung aus dem Ungarischen von Stefan J. Klein.

(1. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Vor dreißig Jahren war das ganz anders!" — pflegte er zu sagen. — „Damals kauften wir kleine Blechblätter, die als Hutschmuck verwendet wurden, zwei für einen Kreuzer, und verkauften das Stück für sechs ... Die Bauernburschen warfen uns fast das Zeit um, rissen sich so darum ... Zur Wallfahrt in Löse verkauften wir davon zehntausend Stück."

Seine kleine, verhutzelte, verkrüppelte Lebensgefährtin mit dem Gesicht einer trockenen Pflaume verfertigt auch jetzt noch Rosenkränze, und es gibt keine einzige Wallfahrt in der Umgebung, bei der sie nicht ein Zelt aufgestellt hätte, in dem sie kleinere und größere bunte Rosenkränze, weiße und schwarze Stapulare, Kruzifixe, Kerzen, Heiligenbilder und andere einträgliche Kleinigkeiten verkaufte. Die Wallfahrten aber schlugen gewöhnlich gut ein.

„Er ist aber dennoch ein genialer Mensch ..." — sagte Csermak, der Stefesik trotz allen Hasses bewunderte.

„Er hat einen Sack voll Talente ..." — ergänzte er durch einen weiteren unbekannten Begriff sein Lob auf Stefesik.

Uebrigens aber kannte sich außer dem Schuster niemand aus, denn am Abend schimpfte dieser noch auf Stefesik, am Morgen aber kosteten die beiden bereits zusammen den Pflaumenschnaps, auf den Stefesik — er brannte ihn selbst — sehr stolz war.

Diese Bruchstücke jedoch erschöpfen nicht im geringsten das Leben des Stefesik-Hauses, sind bloß bunte Flecken auf dem geschmacklos bunten Teppich der Geschichte des Stefesik-Hauses. Denn das Stefesik-Haus hat eine ernstere traurige Geschichte als hundert Bibeln.

II.

Aus dem neugierig bedugten Fiaker stieg eine sehr elegante Dame und ein auffallend blonder, mit einem amerikanischen Anzug bekleideter Mann. Durch die dunkle Toreinfahrt eilend, verfügten sie sich zum Hausherrn.

Stefesik fuhr jauchzend auf und bot seinen Gästen Stühle an.

Auf dem Korridor verkündeten einander die Leute fast atemlos:

„Die Mizzi Bauer ist zurückgekehrt. . . Die Hure . . . Schau nur, schau, daheim war sie eine Straßendirne, draußen aber hat sie eine gute Partie gemacht . . ."

„Es gab niemand, der dem armen Mann die Augen geöffnet hätte . . ." — sprach ein giftig dreinschauendes, altes Weib, das eben im Fußbodenscheuern innehielt, die mageren Arme gegen die Hüften stemmte und eine höchst traurige Figur machte.

Auch andere mischten sich ein:

„Und sie hat die Unverschämtheit, herzukommen, wo jeder weiß, was sie war. . . ."

„Auf diese Neuigkeit hin kam das ganze Haus herbeigelaufen. Ist es denn wahr? Ist sie tatsächlich hierher gekommen?"

„Ich hätte mir an ihr nicht einmal meinen Stiefelsetzen abgewischt . . ." — sagte der eine Kutscher und sann mit tiefer Schwermut über des Lebens Drolligkeiten nach.

„Dumm ist, wer anständig lebt . . . Wozu denn? Selbst wenn man die Dirne der halben Welt ist, man findet trotzdem einen Mann . . ."

„Leichter als wir . . ." fügte ein blaßgesichtiges und gelbhändiges Mädchen hinzu, das in einer Zichorienfabrik arbeitete.

Die Angelegenheit wurde sehr rege besprochen. Später drängten sich allmählich alle zu Stefesik hinein, der zornig wurde und die lästigen Kinder hinausohrfeigte.

Mizzi Bauer war sehr liebenswürdig und erkannte wohlwollend alle, drückte den Männern die Hand und küßte die Mädchen ab.

„Wie viele Ringe sie hat . . . Und wie dick ihre Halskette ist . . ." stellten die Arbeiter-Mädchen fest, standen mit einer gewissen befangenen, linkischen Verehrung, eckig vor Mizzi Bauer und fühlten sich unbehaglich. Doch gefiel ihnen Mizzi Bauers Wohlwollen sehr.

Stefesik beschlagnahmte den Amerikaner, der sehr schöne Augen hatte, für sich und versuchte in gebrochenem Englisch zu sprechen:

„Tja . . . tja, Mister . . . dort gibt es Leben . . . Hier Elend . . ."

Und stolz straffte er sein Arbeitsgewand von amerikanischem Schnitt.

„Auch ich war draußen . . . Habe gearbeitet . . . Gott hat mir geholfen . . ."

Der Amerikaner lächelte höflich und stieß zerstreut, nervös zwischen seinen grauen Zähnen hervor:

„Yes . . . yes, Mister Stefesik . . ."

Mizzi Bauers frauenhaft gewordene Gestalt wurde mit selbstvergessenen Staunen von den Fabrikmädchen betrachtet, von deren Gesichtern traurig die gesundheitzerstörende Mattigkeit mangelhafter Ernährung und schlechter Fabrikluft weinte. In ihren glanzlosen Augen schimmerte hin und wieder eine leichte Träne, und in ihrem kränklichen und zerquälten Selbstbewußtsein begann die primitive Ahnung moralumstoßender, aufrührerischer Gefühle zu erwachen.

Strahlend stand Mizzi Bauer vor ihnen, mit gesundheitstrotzenden roten Wangen, begehrenswerten vollen Formen.

Wiewohl man sie vor drei Jahren aus dem Ball der Tischler gewiesen hatte. Mizzi Bauer verzweifelte trotzdem nicht. Lächelnd, geringschätzig hatte sie gesagt:

„Ich pfeife auf die Kleinindustriellen . . ."

Und damals war sie nach Amerika ausgewandert. Sie hatte Glück gehabt. Ihr Mann ist ein schöner, sanfter Mensch.

„Mein Mann ist Metzgermeister . . ." Niemand würde dies glauben, so vornehm schaut er aus . . ." — sagte Mizzi Bauer. — „Wir arbeiten mit zwölf Gesellen . . ."

Dann sprach sie mit ihrem Mann englisch. Die Mädchen bewunderten staunend ihre englische Bildung. Mizzi Bauer war lustig, tat freundlich, scherzte, streichelte und umarmte die Mädchen, dann küßte sie, mit einem schlauen Frauenkniff, vor ihnen allen den errötenden Amerikaner.

Die Leute lachten und waren von Mizzi Bauer entzückt.

Dann klagte sie noch, wie leid es ihr tue, daß sie ihnen keine Geschenke bringen konnte, doch werde sie ihnen aus Amerika welche schicken. Unter den Kindern verteilte sie einige Abzeichen der „Cunard Line" und etliche Kleinigkeiten.

Als sie aber fühlte, sie sei im Stefesik-Haus eine schon zur Genüge gesehene Fremde, nahm sie schwer, unter Tränen, Abschied. Stefesik vermochte nur mühsam seine Wut darüber zu unterdrücken, daß sich die Bewohner in seine Wohnung gedrängt hatten und er mit dem Ehepaar kaum einige vertrauliche Worte hatte wechseln können. Und er sagte mit erzwungener Liebenswürdigkeit:

„Good by, Mister . . . good by . . . In Amerika gibt es Leben . . ."

Und er schaute lange dem dahinrollenden Wagen nach.

Auch Csermak lungerte in der Toreinfahrt und zeigte auf den gedankenversunkenen Stefesik.

„Der denkt auch jetzt an Geld . . . Ist ein genialer Mensch . . . Denkt immer an Geld . . ."

Die Leute besprachen noch lange Mizzi Bauers interessanten Fall. Von den Fabrikmädchen aber weinten in dieser Nacht viele die schmutzigen Kissen feucht.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210107-17/fragment/page=0002

weil es den Widerstand der Arbeiter fürchtet, aber aus Angst vor den Deutschnationalen auch nicht wagte, an dem Tage mit gelassener Ruhe vorüberzugehen, ist es nur selbstverständlich, daß nun das preußische Unterrichtsministerium dieselbe Verfügung erläßt. Das erste Anzeichen, wie diese Feier aussehen wird, kommt natürlich aus Bayern. In München hat die Bayrische Volkspartei, die Regierungspartei, beim Stadtrat eine „würdige" Feier des 18. Jan. gefordert. Die Schulvorstände und Lehrkörper werden schon von selbst sorgen, daß die Feier so deutschnational wie möglich ausfällt.

Wohin die Reise gehen wird, das sagt in ihrer Dummfrechheit die „Hallische Allgemeine Zeitung". Sie schreibt:

„Herr Hänisch mag wollen oder nicht, der 18. Januar wird niemals ein Tag der Verherrlichung des Sozialismus und der Demokratie sein, sondern der Monarchie. Ein Gedenken des 18. Januar 1871 wird nicht möglich sein ohne ein Gedenken eben dieser „früheren Staatsform" und ohne ein dankbares Erinnern an die gesegnete Herrschaft der Hohenzollern, die Preußen und Deutschland groß und frei und mächtig machten, bis die Geister des Umsturzes ihm die große Schmach des November 1918 angetan."

Wir sehen voraus, daß verschiedene deutschnationale Jugenderzieher in doppelter Beziehung über diese Feier und diesen Erlaß stolpern werden.

Geld riecht nicht.

Der kommunistische Schacher mit der Abdankungsurkunde des Braunschweiger Herzogs bestätigt sich. Unser dortiges Parteiblatt schreibt darüber:

Es ist ein Stück aus dem Tollhaus. Welcher Mensch mit gesunden Sinnen kann denn derartige Menschen politisch ernst nehmen? Man versuche sich den Fall einmal auszudenken: bei der nächsten Reichspräsidentenwahl würde unser Genosse Ebert nicht wieder gewählt, müßte sein Amt verlassen und nähme nun irgend welche ihm wichtig erscheinenden Staatspapiere mit und suchte sie zu verschachern!

Nein, nein, der Vergleich hinkt durchaus nicht. Denn Merges, der ehemalige braunschweigische Staatspräsident, hat die Papiere in Verwahrung. Nicht weniger als 300 000 Mark hoffte dieser dabei mindestens zu erzielen. Wenn nicht, dann sollten sie an das Ausland, vielleicht an Amerika, verschachert werden. Doch uns interessiert neben der dabei zutage tretenden kindlich dummfrechen Moral noch die heillose politische Begriffsverwirrung, die dabei zutage tritt.

Merges und andere waren es, die in den ersten Novembertagen dem Herzog den schriftlichen Verzicht auf seinen Thron abnahmen. Und diesem selben Herzog bietet desselben Merges Parteigenosse dieses vom Herzog unterschriebene Aktenstück zum Kauf an. Im Namen des Volkes nimmt Merges dem Herzog seine Würde, im Namen und zum Vorteil eines kaum noch sichtbaren Parteigrüppchens wird dieses Dokument des Volkes zu verkaufen gesucht. Und diese verwahrlosten politischen Kinder, denen die einfachsten Begriffe vom Unterschied zwischen Privateigentum und Volkseigentum fehlen, die nennen sich Kommunisten!

Und Merges erklärt, er würde über die Urkunde mit dem Geheimrat Knoke gern persönlich verhandeln. Merges erklärt, daß er den Geheimrat bereits persönlich kenne und daß er ihm noch mehr mitzuteilen habe ....! Seltsame Freundschaft und seltsame Vertrauenspersonen hat dieser große Rrrrevolutionär.

Und in welcher liebenswürdigen Weise diese angeblichen Revolutionäre, die alleinseeligmachenden Republikaner mit dem herzoglichen Hause verkehren? Wahrhaftig, dieser tolle Spuk hat uns noch in Braunschweig gefehlt. Wann wird die Arbeiterschaft endlich diese Partei der Hanswurste dorthin senden, wo sie hingehören? —

Mörder und Mörderhelfer.

Unter der erregten Doppelüberschrift „Scheidemann an die Horthy-Henker", „Einmischung in fremde Angelegenheiten" bringt die Berliner deutschvolksparteiliche „Tägliche Rundschau" das Protesttelegramm des Genossen Scheidemann an den Präsidenten des ungarischen Ministeriums in Budapest zum Abdruck, indem Scheidemann gegen die Vollstreckung der Todesurteile gegen frühere Volkskommissare Protest erhebt. Die „Tägliche Rundschau" enthüllt ihre Sympathien für die Mörderregierung in Ungarn, indem sie zu deren Unterstützung schreibt:

Wir möchten annehmen, daß die ungarische Regierung durch die Demonstrationsbewegung der deutschen Genossen zugunsten bolschewistischer Henker und Mörder in keiner Weise beeinflussen lassen wird. Wir unsererseits möchten betonen, daß wir diese Einmischungsversuche der Sozialdemokratie in eine innere Angelegenheit eines auswärtigen Staates, als äußerst bedauerlich, weil schädlich, empfinden.

Um ihre Angriffe sachlich zu stützen, meint die „Tägliche Rundschau" naiv, die sozialdemokratische Presse habe sich früher stets dagegen gewandt, wenn die russische Regierung in Deutschland die Unterstützung der deutschen Polizei (lies: Spitzel) verlangt habe, oder wenn der deutsche Kaiser gelegentlich dem Zaren brachtete, daß Rußlands Trauer auch Deutschlands Trauer sei. Die Rettung politischer Fanatiker vor dem Erhängtwerden durch politische Verbrecher ist doch wohl etwas anderes als eine internationalisierte Spitzeltätigkeit zur Auslieferung mißliebiger politischer Persönlichkeiten, und die nur zu berüchtigten Telegramme Wilhelms II. konnten sich in ihrer Trauer nur mit sehr geringem Recht auf Trauer im deutschen Volke berufen. Wir erinnern uns dagegen nicht an eine derartige Trauerkundgebung, die Wilhelm II. im Jahre 1905 anläßlich der Beschießung der Petersburger Arbeiterschaft vor dem Schloß des Zaren an diesen gesandt hätte! Bei dieser Gelegenheit hat er sich ausnahmsweise einmal auf die Sympathie weiter Volkskreise stützen können!

Die ungarischen Henker werden dem alldeutschen Blatte für die ihnen selbst wohl nicht ganz unerwartet kommende Unterstützung dankbar sein. Das Proletariat aber wird aus diesem Vorstoß des volksparteilichen Blattes die Lehre ziehen, daß die Internationale der Reaktion gegenüber eine immer fester begründete Internationale der Arbeiterklasse aufgebaut werden muß.

Das Begnadigungsrecht.

Uns wird geschrieben: In der Frage, wer zur Begnadigung gegenüber gerichtlich erkannter Strafen berechtigt ist, bestehen vielfach irrige Anschauungen. Meistens wird angenommen, daß der Reichspräsident allgemein das Recht zur Begnadigung in ganz Deutschland hat. Diese Meinung ist unrichtig; der Reichspräsident übt nach der Reichsverfassung das Begnadigungsrecht nur soweit aus, als es dem Reich zusteht, das heißt nur in Strafsachen, in welchen das Reichsgericht in erster Instanz erkannt hat, in Strafsachen früherer elsaß-lothringischer, Schutzgebiet- und Konsulargerichte, in Sachen der außerordentlichen Gerichte und bei Strafurteilen der meisten Militärgerichte. Im übrigen, das heißt in den weitaus meisten Strafsachen, ist die Ausübung des Gnadenrechts Sache der Regierungen der Länder, da die Gerichte in der Regel Landeseinrichtungen sind; Urteile der Schöffengerichte, der Strafkammern und der Schwurgerichte können daher nicht vom Reichspräsidenten erlassen oder gemildert werden, sondern nur von der Regierung der Länder, in Preußen also dem Staatsministerium.

Frankreichs Sozialistenpartei.

Paris, 6. Jan. (E. E.) Die französische Sozialistische Partei, die sich nach der Abspaltung der Kommunisten zu einer eigenen Organisation konstituiert hat und welche die Anhänger der 2. Internationale unter Führung von Leon Blum und der bedingten Anhänger der 3. Internationale unter Führung Longuets umfaßt, wählte zu ihrem Generalsekretär Paul Faure, zum stellvertretenden Sekretär Rouger und zum Schatzmeister Grandvallot. Für den 13. Februar wird ein allgemeiner Kongreß der Partei einberufen, der auch für den Internationalen Sozialistenkongreß in Wien, der am 22. Februar beginnt, Vertreter wählen wird.

Paris, 6. Jan. (Hollandsch Nieuwsbureau.) Die französische Kommunistische Partei hat bei den Wahlen für ihre Leitung Rodin zum Generalsekretär ernannt. Frossard und Loriot wurden zu Sekretären gewählt. Marcel Cachin bleibt als Leiter der „Humanité" tätig. Im „Echo de Paris" wird die Frage aufgeworfen, welcher der beiden nach dem Kongreß in Tours entsandten sozialistischen Parteigruppen die „Humanité" als Eigentum zufallen werde. Man erachtet es wahrscheinlich, daß die Generalversammlung der Aktionäre für die Beibehaltung der bisherigen Leitung sich aussprechen wird, so daß die „Humanité" das Parteiblatt der neugegründeten Mehrheitspartei bleiben wird.

Rätekongreß und Militärdiktatur.

Helsingfors, 5. Januar. Aus Moskau wird gemeldet, daß die Sitzungen des 8. Allrussischen Rätekongresses unter schärfstem polizeilichen Schutz stattgefunden haben. Die ganze Gegend um das Große Theater, wo der Kongreß tagte, war vom Eröffnungstage bis zum Abschluß des Kongresses aufs strengste abgesperrt und die Annäherung an das Theatergebäude nur gegen Vorzeigung besonderer Ausweise gestattet. Starke militärische Posten aus Zöglingen der Roten Offiziersschulen und Soldaten der Abteilungen der Außerordentlichen Kommissionen waren sowohl außerhalb wie innerhalb des Theatergebäudes aufgestellt. Eine Bekanntmachung des Zentralexekutivkomitees, welches diese Maßnahmen verfügte und die Verordnung in den Moskauer Zeitungen vom 21. Dezember veröffentlichte, enthielt die Ermennung eines militärischen Kommandanten des Rätekongresses und forderte von sämtlichen Personen und Behörden unbedingten Gehorsam gegenüber den Verordnungen des Sekretärs des Zentralexekutivkomitees, der gleichzeitig mit dem Schutz des Kongresses und der Aufrechterhaltung der Ordnung auf demselben betraut wurde.

Wie der Helsingforser Berichterstatter des „Ost-Expreß" von unterrichteter Seite erfährt, hat auf dem 8. Rätekongreß der nüchtern geschäftsmäßige Standpunkt über die inneren Streitigkeiten in der kommunistischen Partei den Sieg davongetragen. Zu diesem Ergebnis haben die dem Kongreß vorliegenden statistischen Daten über die schwere Wirtschaftslage des Landes entscheidend beigetragen. In den Kommissionssitzungen haben sich indessen stürmische Szenen abgespielt. Hier sind die linken Kommunisten in ihrer Opposition von vielen Kongreßdelegierten aus der Provinz unterstützt worden. Diese Delegierten äußerten ihre Unzufriedenheit über die Vernachlässigung der Interessen der Provinz, wobei sie die bereits auf dem Kongreß der russischen kommunistischen Partei von ihnen vorgebrachten Vorwürfe in noch schärferer Form wiederholten. Starke Unterstützung fand Lenin bei dem Vorsitzenden des Allrussischen Zentralexekutivkomitees Kalinin, der öfter als sonst das Wort ergriff. Kalinin betonte die Notwendigkeit, der Bauernschaft Entgegenkommen zu zeigen; man habe bisher den Bauern nichts gegeben, und sich nicht darum bemüht, die Bauern zur Mitregierung heranzuziehen. Auch Lenin hob hervor, daß es notwendig sei, die Stellung der Sowjetregierung durch Gewinnung der Sympathien der breiten Bevölkerungsmassen zu festigen, und zwar in erster Linie durch Gewinnung der Bauernschaft. Die gegenwärtig eingetretenne Atempause sei nicht als Ende des Krieges aufzufassen, sondern als Vorbereitung der Etappe und des gesamten Hinterlandes für die künftigen Kriege um die Weltrevolution.

Notizen.

Neue Lärmszenen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung rief die Ablehnung eines kommunistischen Antrags, der die Einstellung des gegen die der Sabotage beschuldigten Elektrizitätsarbeiter eingeleiteten Verfahrens auf Dienstentlassung forderte, schwere Ausschreitungen der Tribünenbesucher hervor. Die Stadtverordneten mußten schließlich ihre Beratungen in einem andern Saal fortsetzen. Während dessen stimmten die Tribünenbesucher gemeinschaftlich mit den im Sitzungssaal gebliebenen Stadtverordneten die Internationale an.

Die italienische Regierung hat Sinowjew, Bucharin und Balabanow, die zur Teilnahme an dem italienischen Sozialistenkongreß nach Livorno kommen wollen, das Paßvisum verweigert.

Vermischtes.

Zwei Kulturdokumente.

In der „Sächsischen Elbezeitung" (Bad Schandau) Nr. 273 liest man auf der Titelseite im Fettdruck:

„Kinder in Not! Millionen Kinder hungern, und du zögerst zu helfen? Deutsche Kinderhilfe."

Unter den Vergnügungsanzeigen aber in noch größerem Druck:

„Jugendvereinigung (!) Rathmannsdorf-Plan feiert Sonntag den 28. November ihr erstes großes Wintervergnügen im Gasthof „Zum tiefem Grunde". Wer sich gut amüsieren will, der komme! Ab 9 Uhr Verlosung, ab 10 Uhr Sektprobe (!!), ab 10½ Uhr Junggesellenrausch (!!), um 11 Uhr Jungfernpolonaise (!!). Anfang 5 Uhr. Der Vorstand."

Diese Gegenüberstellung spricht Bände. Herzzerreißendes Elend und wildeste Sittenverrohung hat uns der Krieg gebracht.

Eingesandt.

Volkshochschule.

Zur Ergänzung des Eingesandt vom 3. 1. 21.

Ein am 5. 1. privatim tagender Hörerausschuß von Vertrauensleuten fordert von der maßgebenden Stelle durch Einschreiben Zusammenberufung aller Vertrauensleute. Erfolgt diese bis 10. 1. nicht, bitten wir sämtliche Vertrauensleute, Montag, den 10. 1., abends 8 Uhr, im Hotel Stadt Leipzig, Martinstr. 16, zwecks weiterer Beschlußfassung zu erscheinen.

Vorteile über Vorteile

bringt unser weit und breit bekannte große

Saison-Ausverkauf.

Unter anderen empfehlen:

Cheviot-Karos 100 cm breit, in modernen Farben Meter 12.75
Kostümstoffe Streifen, Karos und Melangen Meter 15.75
Blusen-Flanelle grosse Farben- und Muster-Auswahl Meter 19.50
Barchent-Männerhemden prima Qualitäten Stück 48.00 35.75
Barchent-Frauenhemden prima Qualitäten Stück 45.00 39.00
Blusenschürzen aus guten Stoffen mit Besatz u. Tasche Stück 35.00 28.50 24.00
Gardinen weiß und creme, Stückware, Meter 18.50 12.90 9.75 5.75
Künstler-Gardinen 3teilig Fenster 150.00 119.00 99.50 85.00
Fenster-Spitzen weiß und creme Meter 10.25 8.75 5.90 3.90
Knaben-Jockey-Mützen aus dickem Winterstoff Stück 3.90
Matrosen-Mützen für Knaben und Mädchen Stück 6.50
Prinz Heinrich-Mützen mit Abzeichen Stück 5.50
Tanzkleider entzückende Macharten 115.00 98.50 87.50 65.00
Paletots aus dicken, grau melierten Winterstoffen 39.50

J. LEWIN

Marktplatz 2 und 3.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210107-17/fragment/page=0003

Neueröffnung

des Gasthofes

„Frohe Botschaft"

zu Rossbach.

Gebe hiermit dem geehrten Publikum bekannt, daß am **Sonnabend**, den 8. Januar **grosser Einzugsschmaus** mit öffentlichen **Tanzvergnügen** stattfindet. Für gutes Bier und warme Speisen wird gesorgt.

Hierzu ladet freundlichst ein

der Wirt und Frau A. Piasecki.

Frauen

Nicht verzweifeln bei **Regelstörung, Blutstockung.** Mein erprobtes wirkliches unschädliches Spezialmittel hilft sofort ohne Berufsstörung. Garantie in jedem Falle. Geld zurück. Auch Sie werden mir dankbar sein. Verlangen Sie noch heute umsonst Broschüre Nr. 13 von **P. Schwärecke** Hettstedt.

Kaufgesuche

Hasenfelle

kaufen zu Höchstpreisen

Gebrüder Dangtowitz

Fellhandlung

Fischerplan 2.

Bitterfeld

Volkshochschule.

Die **volkswirtschaftliche Vorlesung** des Herrn Universitätsprofessors **Dr. Maentig, Halle a. S.,** beginnt am **10. Januar d. Js., abends 8 Uhr,** in der **Aula der Mädchenjenschule** (Eingang Lyzeum).

Anmeldungen werden noch im Rathaus Zimmer Nr. 8 entgegengenommen.

Der Vorlesungsplan ist in der heutigen Nummer im lokalen Teil abgedruckt.

Bitterfeld den 4. Januar 1921.

Der Ausschuß. Schmidt.

Stürmischer Andrang

war die vorausgesehene Folge unserer Volkstage, einer Verkaufsveranstaltung, der sich unsere Kundschaft mit Erfolg bediente.

Den Mittelpunkt allgemeinen Interesses

wird unser kommender Inventur-Ausverkauf bilden, den wir auf vielseitigen Wunsch schon am Sonnabend, den 8. Januar beginnen lassen.

Alle Kreise — auch Sie

liessen sich Vorteile entgehen, würden Sie die sich Ihnen bietende Einkaufsgelegenheit nicht benutzen, um wieder einmal staunend billig einkaufen zu können.

Wiebachs **I**nventur **A**usverkauf

erwartet Sie ab 8. Januar!

Unsere Auslagen werden Sie in Erstaunen setzen

Wiebachs Schuhwarenhaus

Kleine Ulrichstrasse 11—12.

Solbad Fürstenhof

Robert-Franzstr. 10.

Stark radioaktiv. Schwefelbad Moor- u. medizinischen Bäder

Arbeiter!

wo kauft man gut und billig??

Hemden 26. 36 39 45.46
Strümpfe 9.75 10.75 .46
Unterhosen 21.75 29.—
Einsatzhemden 39.75, 48.75 54 .46
Handschuhe, gestrickt, u. in all. Farb. 7.95 .46
Taschentüch. 2.45 2.95.46

Bettwäsche eignes Fabrikat weiß und bunt sehr preiswert

Handtücher u. 6.75 an.

Gardinen 130 cm breit 26 75 .46

Unterröcke unt. Preis

Strickwolle 1/4 = 17.45 .46 Prima Qualität.

Ein Posten Schürzen von 19.75 an.
Ein Posten Schlafdecken 39.75.

Kommen Sie und überzeugen Sie sich von unserer Leistungsfähigkeit Viele Art kef zu Ausverkaufspreisen.

Partiewarenhaus

Gr. Ulrichstr. 25, Nähe Ecke Jägergasse.

Stadt-Theater

Sonnabend u. Sonntag nachmittags 3 Uhr:

Die Mäusekönigin.

Sonnabend, d. 8. Jan., Anfang 8. Ende 10 Uhr:

Das Wandbild.

Vorher:

Plastische Tänze von Hedwig Nollebohm.

Sonnabend abend: Fidelio.

Reparaturen an Uhren

übernimmt bei solider Ausführung zu mäßig. Preisen

Gottfr. Schraut

Uhrmacher

nur Schmeerstr. 4.

Dreifrucht-Marmelade

Aepfel, Himbeeren, Pflaumen

Weißenfelser Marmeladenfbr.

Ladenverkauf: Jüdenstr. 27.

Dauerhafte Portemonnaies

in prima Leder u. jeder Ausführung sehr preiswert

Lederwaren-Spezialgeschäft

H. Krasemann

nur Schmeerstr. 19.

Schluss

der

Anzeigen-Annahme

vormittags 9 Uhr.

Wascht mit Roland-Seifenpulver

Hervorragende Qualität.

In allen besseren Geschäften zu haben.

Vertreter:

Karl Freye

Wielandstraße 19

Telefon 4095.

Vorverkauf: Sonnabend den 8. Januar 1921. **Vorverkauf: Sonnabend den 8. Januar 1921.**

Wenn Preise bestimmen

Kommen Sie getrost zu uns!

Um auch durchgreifend mit unseren umfangreichen Beständen zu räumen, haben wir unsere Preise kolossal herabgesetzt. Wir können ruhig behaupten, dass Sie nirgends sonst derartig niedrige Preise finden werden.

Wenn Qualitäten bestimmen

Kommen Sie getrost zu uns!

Unsere gewaltigen Umsätze, unsere durchgreifenden Fachkenntnisse und niedrige Kalkulation ermöglichen uns die Behauptung, dass Sie nirgends für einen gewissen Preis, den Sie anlegen wollen, gleich gute oder bessere Qualität finden als bei uns.

Abteilung Herren-Bekleidung

Herren-Anzüge Serie I	295.— Mk.
Herren-Anzüge Serie II	395.— Mk.
Herren-Anzüge Serie III	495 — Mk.
Herren-Ulster Serie I	175 — Mk.
Herren-Ulster Serie II	275.— Mk.
Herren-Ulster Serie III	375.— Mk.
Herren-Stoff-Hosen	69.— Mk.
Gestreifte-Hosen	85.— Mk.
Winter-Joppen	40.— Mk.

Konkurrenzlos!

Rock u. Weste mit gestreifter Hose 486.— Mk.

Abteilung Damen-Bekleidung

Sport-Strickjacken, reine Wolle	295 — Mk.
Schlupfhöschen, 6 Farben, Ia. Macco	23 50 Mk.
Strümpfe, 6 Farben verstärkte Sohle u. Ferse	8.50 Mk.
Strumpfhalter, Gummi	2.90 Mk.

Abteilung Schuhwaren

Herren- u. Damen-Stiefel, Restposten	125.— Mk
Kinder-Stiefel Restposten	80.— Mk.

Abteilung Knaben-Bekleidung

Knaben-Stoff-Anzüge für 3—10 Jahre	59 — Mk.
Knaben-Stoff-Anzüge für 6—12 Jahre	86.— Mk.
Seidene Fantasie-Anzüge für 2—5 Jahre	99.— Mk.
Blaue Pyjacks für 5—8 Jahre	39.— Mk.
Kieler Anzüge, blau Wollstoff f. 4—9 Jahre	69.— Mk.
Winter-Sweater	7.75 Mk.
Matrosen-Mützen, blau Wollstoff	4.90 Mk.
Kinder-Strümpfe, lang	5.90 Mk.

Abteilung Herren-Artikel:

Ulster-Hüte	19 50	Normal-Hemden	39.—	Hosenträger	3 75	Oberhemden	58.—	Strickbinder	12 50
Fantasie-Westen	65.—	Normal-Hosen	39 —	Sockenhalter	4.75	Kragen	—.95	Regalles	8.50
Strick-Westen	39.—	Farbige Garnituren	69 —	Wickelgamaschen	2 50	Selbstbinder	9.75	Handschuhe gestrickt	8.75
Schals (Wolle u. Seide)	29.—	Bunte Socken	7.95	Wander-Stutzen	21.75	Schleifen	2.75	Trikot-Handschuhe	13.50

Konkurrenzlos!

Knaben-Strick-Anzüge (6-9 Jahr)	85.—
(10-13 Jahr)	99.—
Knaben-Strick-Hosen (9-12 Jahr)	39.—

S. WEISS Halle a. S. am Markt

Konkurrenzlos!

Jünglings-Ulster	85.—
Jünglings-Anzüge	175.—

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210107-17/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Die Distrikte 6, 7 und 7a halten ihre Distriktsversammlung am kommenden Sonnabend, abends 8 Uhr, im Bürgerkasino, Bertramstraße, ab. Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Distrikt 8 u. 8a. Distriktsversammlung Montag, den 10. 1., Bernhardshalle. Die wichtige Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller. **Der Distriktsführer.**

Distrikt 9 und 9a. Heute, Freitag Versammlung im Schulheiß, Merseburger Straße 10.

12. und 13. Distrikt. Die Distriktsversammlung kann besonderer Umstände halber erst am **Montag, den 10. Januar, in der Aktienbrauerei,** Dessauer Str., stattfinden. Keine Genossin, kein Genosse versäume die überaus wichtige Sitzung.

Achtung! Distrikte 1 bis 4. Sonntag, den 9. Januar, von 7 Uhr abends ab gemütliches Beisammensein im Distriktslokal bei Reichert, Hafenstr., Ecke Mansfeldersr.

Die Distriktsführer werden ersucht, Freitag oder Sonnabend in der Expedition der „Volksstimme" Material für die Propaganda während der roten Woche abzuholen.

Werbeausschuß für Beamte der S. P. D. Sämtliche Beamte der S. P. D. versammeln sich Sonnabend, den 8. d. M., abends 8 Uhr bei Wilsdorf. Wahl der Bezirksausschuß-Delegierten.

Verein „Arbeiterjugend". Am Freitag abend um 6 Uhr, treffen sich die Genossen am Bahnhof zu einem Besuch der Merseburger Arbeiterjugend. Das Erscheinen sämtlicher Genossen und Genossinnen ist unbedingt erforderlich. **Der Vorstand.**

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 7. Januar 1921.

Sitzung des Haushaltsausschusses.

Neuanschaffung von Straßenbahnwagen. — Versicherung derselben gegen Feuer. — Nachbewilligung von Ueberschreitungen. — Bewilligung von Mitteln für das städtische Fuhramt.

Bei der Wismarer Waggonfabrik waren s. Zt. 48 Anhängewagen und 20 Motorwagen bestellt, von denen die Firma bisher nur die Anhängewagen geliefert hat, während sie mit den Motorwagen im Rückstande ist. Sie will sie für den vereinbarten Preis von 23 000 Mk. nicht liefern. Da ein Prozeß wenig Aussicht auf durchschlagenden Erfolg hat und doch wahrscheinlich mit einem Vergleich enden wird, ist auf der Grundlage folgender Vereinbarungen ein Vergleich zustande gekommen. Die Firma liefert die 20 Wagen zum festen Preise von 2 000 000 Mk., von denen 1 800 000 Mk. bar bezahlt und für die restlichen 200 000 Mk. von der Stadt die Radsätze geliefert werden. Der Firma soll ferner zugestanden werden, daß sie von den in den nächsten 10 Jahren erfolgenden Vergebungen 50 Prozent erhält, vorausgesetzt, daß ein günstigeres Angebot nicht abgegeben wird. Da die Wagen dringend gebraucht werden (die jetzigen Wagen erfordern allein monatlich etwa 70 000 Mk. Reparaturkosten) stimmte man dem Vergleiche schließlich zu.

Ueberschreitungen beim Kap. V. II. B. II. 9 (Bespannung der Gefangenenwagen) in Höhe von 18 000 Mk. werden nachbewilligt, desgleichen bei Kap. VII. B. II. 10 (Unterhaltung der Gefangenenwagen) in Höhe von 1 400 Mk. Die weiteren beim Polizeietat vorgenommenen Ueberschreitungen von zusammen 67 000 Mk. (für Bureaubedürfnisse, Druckkosten, Buchbindereikosten, Verpflegung und Beförderung der Gefangenen) werden ebenfalls nachbewilligt und ihrer Entnahme aus Kap. XXIV., 14, zugestimmt.

Für die Benutzung des Krankentransportwagens der Feuerwehr sollen anstatt bisher 10 Mk. jetzt 30 Mk. und wenn es sich um Beförderung Fremder nach dem Bahnhof handelt, 40 Mk. erhoben werden. Die Vorlage wurde angenommen.

Weiteren Ueberschreitungen beim Kap. XX. A. I. 1 bis 9 (Stadtgesundheitsamt) von 3700 Mk. und erhebliche Ueberschreitungen von 253 000 Mk. beim Schlachthof wurde schließlich zugestimmt. Ein Mitglied des Ausschusses gab seiner Verwunderung über die ungeheuerlichen Ueberschreitungen trotz des erheblich eingeschränkten Betriebes Ausdruck und empfahl dringend Sparsamkeit. — Die Herberge zur Heimat beantragt die Erhöhung der Pflegegeldsätze für Wanderarbeiter von 3 auf 4 Mk. täglich. Dem wurde zugestimmt. — Dem Verein für Jugendhilfe sollen die ihm durch den Etat bewilligten 20 000 Mk. auf 30 000 Mk. erhöht werden. Die 10 000 Mk. Mehrausgaben wurden bewilligt. — Für Brennstoffe in den städtischen Heizungsanlagen sollen wegen seit der Bewilligung des Etats vorgekommener Mehrausgaben 250 000 Mk. mehr ausgeworfen werden. Die Verstärkung des entsprechenden Etatskapitals (XV. A. III. 4a) um diese Summe aus Kap. XX., 14 wurde beschlossen.

Die Stellen des Stadtassistenzarztes sowie des Polizeiarztes werden in Beamtenstellen umgewandelt; die Besoldung soll aus der Gruppe X. bezw. XI. der Besoldungsordnung geregelt werden. Der Ausschuß stimmte dem zu. — Für die Versicherung des städtischen Straßenbahnwagenparkes gegen Feuer werden jährlich 13 500 Mk. bei vierjähriger Vorausbezahlung bewilligt.

Auch beim Etat der Straßenbahn stellen sich Ueberschreitungen aus den bekannten Gründen in Höhe von 1 709 000 Mark heraus, denen nur Mehreinnahmen von 507 800 Mk. gegenüberstehen. Der Nachbewilligung aus Kap. IV., 7 des Hauptetats wurde zugestimmt.

Für das städtische Fuhramt, das sich gut entwickelt hat — es hat bisher 180 000 Mk. Mehreinnahme gebracht — sollen aus dem Substanzgelderfonds 200 000 Mk. für Anschaffungen zur Verfügung gestellt werden. Dem stimmte man einstimmig zu. — Die Anträge der ständig Angestellten der Stadt Halle um Verbesserung ihrer Einkommensverhältnisse sollen dem Magistrat als Material überwiesen werden. Der Dezernent, Herr Stadtrat Below, wies bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Ueberführung der Stadt Halle, in die Ortsklasse B. uns weitere Ausgaben in Höhe von 1 500 000 Mk. bringe, für die Deckung bisher fehle. Da die Fraktionen zu den noch vorgelegten Steuervorlagen erst Stellungen nehmen wollen, wurden diese bis zur nächsten Sitzung vertagt. Es handelt sich um eine Grundsteuer nach dem gemeinen Wert, Fremdensteuer, Dienstbotensteuer und um eine Aenderung der Schankerlaubnissteuer. Näheres über diese Vorlagen finden unsere Leser in der folgenden Nummer.

Zur Gewerbegerichtswahl am Sonntag.

Am kommenden Sonntag, den 9. Januar, von 8 Uhr vormittags bis 1½ Uhr nachmittags, finden nun auch die Neuwahlen der Gewerbegerichtsbeisitzer in Halle statt. Es sind zu wählen neben Unternehmerbeisitzern auch 30 Arbeiterbeisitzer. **Wahlberechtigt zur Arbeitnehmerwahl sind alle über 20 Jahre alten, gewerblich** tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Bezirk des Gewerbegerichts (Halle) ihre Wohnung oder Beschäftigung haben. Ausgenommen sind diejenigen, die bei Mitgliedern der Bauinnung oder der Fleischerzwangsinnung arbeiten. Ausweise, die zur Teilnahme an der Wahl berechtigen, sind von den Arbeitgebern der Wahlberechtigten oder den Polizeikommissariaten des Wohnbezirks auf Wunsch auszustellen. Formulare dazu sind in der Gerichtsschreiberei des Gewerbegerichts, Schmeerstraße 11 links, bei den Polizeikommissariaten und im Gewerkschaftssekretariat, Harz 42/44, Zimmer 5, unentgeltlich zu haben. Es empfiehlt sich, daß die Betriebsvertretungen die Zahl der Wahlberechtigten im Betriebe feststellen, die entsprechende Anzahl Formulare besorgen und sie dem Unternehmer zur Aussertigung vorlegen. Hierbei machen wir darauf aufmerksam, daß auf diesen Formularen, die noch aus alten Beständen herrühren, als Wahlalter noch das fünfundzwanzigste Lebensjahr angegeben wird. Da das Wahlalter aber auf das zwanzigste Lebensjahr herabgesetzt ist, müssen die Worte „fünfund" durchgestrichen werden.

Zur Wahl der Arbeitebeisitzer sind auch wahlberechtigt die der Zuständigkeit des Gewerbegerichts unterstellten Hausgewerbetreibenden, soweit sie nicht mindestens einen Arbeiter (Arbeiterin) regelmäßig das ganze Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten (Saison) beschäftigen. Ebenfalls wahlberechtigt sind technische Betriebsbeamte, Werkmeister und mit höheren technischen Dienstleistungen betraute Angestellte, deren Jahresarbeitsverdienst an Lohn oder Gehalt 30 000 Mk. nicht übersteigt.

Die Gewerbegerichtswahl erfordert wieder die lebhafteste Anteilnahme der hallischen Arbeiterschaft. Von der Zusammensetzung des Gerichts hängt es ab, in welchem Sinne dort Recht gesprochen wird. Zwar kann ein Gericht sich nicht über die bestehenden rechtlichen Bestimmungen hinwegsetzen, aber in vielen Fällen sind die Gesetzesparagraphen auslegungsfähig, und sehr oft kommt es auch darauf an, von welchen Gefühlen sich die Richter bei ihren Urteilssprüchen leiten lassen. So auch beim Gewerbegericht. Deshalb muß auch bei dessen Zusammensetzung dafür Sorge getragen werden, daß zu Beisitzern nur solche Personen gewählt werden, die ein außerordentliches soziales Verständnis besitzen.

Für die Wahl der Arbeiterbeisitzer sind diesmal zwei Kandidatenlisten in Vorschlag gebracht, die eine vom christlich-nationalen Gewerkschaftskartell und die zweite vom Kartell der freien Gewerkschaften. Die Kandidaten des christlich-nationalen Kartells bieten keine Gewähr dafür, daß sie sich für die beim Gewerbegericht Klage führenden Arbeiter und Arbeiterinnen besonders verwenden, sie lassen sich stets von ihrem Standpunkt der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit leiten. Die Kandidaten der freien Gewerkschaften, die zum großen Teil bereits als Gewerbegerichtsbeisitzer tätig sind, geben den Arbeitern und Arbeiterinnen die Sicherheit, daß sie bei eventuellen Klagen beim Gewerbegericht Besitzer vorsinden, die sich ihrer Sache mit Eifer und Verständnis annehmen. Daher müssen jeder wahlberechtigte Arbeiter und jede Arbeiterin am Sonntag ihre Stimme für die **Liste Mäbus** abgeben, die vom Kartell der freien Gewerkschaften in Vorschlag gebracht wird.

Wo wird gewählt?

Die Gewerbegerichtswahl am Sonntag findet in zehn Wahllokalen statt, und zwar sowohl die Arbeitgeberwahlen wie die Arbeitnehmerwahlen. Diese Wahllokale befinden sich an folgenden Orten:

1. Wahlbezirk: Talamtschule, Dreyhauptstraße 3.
2. Wahlbezirk: Glauchaschule, Taubenstraße 13.
3. Wahlbezirk: Weingärtenschule, Völlberger Weg 125/126.
4. Wahlbezirk: Johannesschule, Liebenauer Str. 151/152.
5. Wahlbezirk: Lutherschule, Roßbachstraße 70.
6. Wahlbezirk: Torschule, Torstraße 13/14.
7. Wahlbezirk: Martinschule, Charlottenstraße 15.
8. Wahlbezirk: Friesenschule, Friesenstraße 33.
9. Wahlbezirk: Neumarktschule, Hermannstraße 32.
10. Wahlbezirk: Wittekindschule, Friedenstraße 33.

Protestversammlung gegen den Terrorismus der entmenschten Horthygarde.

(Schluß des Versammlungsberichtes.)

Die Bauern hatten auch nicht notwendig, materiell die Räteregierung zu unterstützen, denn wie in anderen europäischen Ländern sind auch die Bauern Ungarns durch den Weltkrieg reich geworden. Jetzt unterstützten sie als geheime Lieferanten nur die Bourgeoisie, während die Arbeiterschaft hungerte. Diese bekam viel Papiergeld in die Hand gedrückt, wofür sie jedoch nichts bekommen konnte. Nur die Angehörigen der roten Armee hatten als wichtigste Stütze der Räteherrschaft ein besseres Leben. Aber die rote Armee setzte sich nicht zusammen aus überzeugungstreuen Genossen, sondern aus solchen Elementen, welche dieselbe als Versorgungsanstalt betrachteten.

Die Räteherrschaft währte vom 21. März bis 2. August 1919, 132 Tage. Am 2. August kam es zu der letzten Sitzung des Sowjets. Wer Bela Kun in seiner Glanzzeit gesehen hatte, der war entsetzt ob der fassungslosen Gestalt, welche jetzt in dieser Sitzung erschien. (Einen tiefen Eindruck macht es auf die Zuhörer, als Gen. Schwartz über den Verlauf und die Stimmung dieser Sowjetsitzung berichtete.) Bela Kun sagte unter heftigem Schluchzen in dieser Sitzung: Diese verfaulte Arbeiterschaft wird es noch tausendfach bereuen, ihre eigene Herrschaft schmählichst im Stich gelassen zu haben. Der weiße Terror wird es ihnen lehren. Die meisten der Angehörigen der roten Armee waren eben nichts anderes, als grenzenlose Egoisten, weder Sozialdemokraten noch Kommunisten. Und alle diese, die uns damals im Stich gelassen haben, sind heute bei den Christlichen und Weißgardisten. Das eben ist der Lauf der Dinge, daß man nicht von heute auf morgen, sondern nur Schritt für Schritt Menschen zu Sozialisten erziehen kann. Der Sozialdemokratie in Oesterreich ist es zu danken, daß Bela Kun und Tausende andere Kommunisten heute noch am Leben sind. Während der Räteherrschaft war ich es, der es wagte, offen gegen die Todesstrafe zu kämpfen. Ich habe also das Recht,

die Wahrheit über den roten und weißen Terror

zu sagen. Während der 132 Tage Räteherrschaft sind 237 Menschen eines nicht natürlichen Todes gestorben. Ein großer Teil davon sind aber als gemeine Räuber verurteilt worden. Ein anderer Teil gehörte den Gegenrevolutionären an, die in offener Schlacht gefallen sind. Andere der zum Tode Verurteilten waren Reaktionäre. Ganz anders hat aber der weiße Terror in Ungarn gehaust. Seit August 1919 sind bisher mehr als 10 000 Menschen unter den furchtbarsten nur erdenklichen Torturen hingemordet worden. Mehr als 10 000 Menschen gelang es, der bestialischen Behandlung durch die Horthygarden zu entfliehen. (Der Redner verliest nunmehr Berichte über mehrere furchtbare Greueltaten, welche eine in dieser Beziehung gewiß einwandfreie Presse, daß „Berliner Tageblatt" am 4. November v. Js. in einem besonderen Artikel veröffentlichte. Die Schandtaten erinnern an mittelalterliche Inquisitionen. Die Ententemissionen, welche zur Betämpfung der Greueltaten angerufen wurden, haben nichts getan, diesen irgend wie Einhalt zu bieten. Somit hat sich die Entente, welche die Macht hatte, die Schandtaten der Weißgardisten zu vereiteln, mitschuldig gemacht an dem Elend des ungarischen Proletariats. Der Redner schildert dann das entsetzliche Verbrechen an Frau Hamburger, die er persönlich kennt. Die „Volksstimme" brachte diesen Fall bereits im Juni vorigen Jahres ausführlich. Diese Berichte können als völlig einwandfrei bezeichnet werden; denn sie wurden von der britischen Arbeiterdelegation, welche man nach Ungarn entsandt hatte, veröffentlicht.)

Genosse Schwartz führte weiter aus: Ich komme nach Deutschland, um für ihre Genossen in Ungarn zu betteln und ebenso für die Tausenden von Flüchtlingen, welche aller Habe beraubt, dem größten Elend preisgegeben sind. Es gibt in ganz Europa keine verlassenere Menschen, als die Opfer des weißen Terrors. Die Männer des weißen Terrors waren verrückte, krankhaft veranlagte Menschen, denen die Greueltaten des Weltkrieges die Köpfe verdreht hatten. Die Weißgardisten sind Angehörige der sogenannten gebildeten Klasse. Ihnen ist das Morden zum Beruf geworden und sie betreiben es mit allen Mitteln, die nur ihr Hirn ausdenken kann.

Was aber kann Deutschland aus dem Zusammenbruch der ungarischen Volkes lernen. Auch in Deutschland rüsten die Reaktionäre und Weißgardisten gegen den Sozialismus.

Escherich, General Bauer und General Hoffmann waren noch im vorigen Jahre in Ungarn bei Horthy und haben dort Anschauungsunterricht erhalten, wie man den Sozialismus bekämpft. Noch nie war der Kapitalismus so reich und mächtig und so gut mit Waffen versehen, wie jetzt. Der weiße Terror wird in Deutschland aufleben, wenn die Arbeiterschaft nicht versteht, die Werkzeuge desselben schon jetzt durch gemeinsames Handeln zunichte zu machen. Die Escherichs u. s. w. sind auf das emsigste bemüht, alles daran zu setzen, um wieder diejenige Herrschaft zu errichten, die Deutschland vor dem Kriege hatte. Und diese Leute sagen sich: jetzt werden unsere Pläne bald verwirklicht werden können, denn die Sozialisten sind unter sich uneins. Als gefährlich sehen diese Leute besonders die Sozialdemokratische Partei, als die größte sozialistische Partei in Deutschland an. Diese will die Reaktion vor allen Dingen zerstören. Unsere Schwäche, die Uneinigkeit des Proletariats, ist die Stärke jener Volksfeinde.

Allen denen, die jetzt schon den Zukunftsstaat errichten wollen, müssen wir entgegenhalten: Sind wir denn jetzt schon die Menschen für den Zukunftsstaat? Wer die Welt verbessern will, der muß vor allen Dingen einmal bei sich selbst anfangen. Solange wir nicht in uns, in unser ganzes Leben die sozialistische Moral eingeführt haben, solange können wir keinen Zukunftsstaat machen.

Genosse, das ist der Ehrentitel eines Kämpfers,

der sein ganzes Leben zum Einsatz gibt. Wir müssen die Menschen für den Zukunftsstaat erziehen, sonst sind wir nur Versuchskaninchen für alle möglichen und unmöglichen kommunistischen Experimente. Jede zu Grunde gegangene Räteherrschaft ist für die sozialistische Bewegung ein unersetzbarer Verlust, der Tausenden Genossen das Leben kostet. Zurzeit gilt es nicht einen Zukunftsstaat zu gründen, sondern die Errungenschaften, die uns die Revolution gebracht hat, zu erhalten und zu befestigen. Daß kann aber nur geschehen, wenn die Arbeiterschaft der ganzen Welt in sich einig ist. Deshalb: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch gegen den weißen Terror. (Der langanhaltende und einmütige Beifall der Versammlung bewies, daß alle Erschienenen mit den Worten des Referenten einverstanden waren und daß seine Rede einen tiefen Eindruck hinterlassen hat.).

Dem Referat schloß sich eine Diskussion an. Vor Beginn derselben verlas der Vorsitzende einen Aufruf des österreichischen Hilfskomitees, der sich an das deutsche Proletariat, zur Unterstützung der ungarischen Flüchtlinge, wendet. Gen. Görsch knüpfte an die letzten Worte des Referenten an, die sich mit der Erziehung zum Sozialismus beschäftigten und ermahnte hierbei besonders die Eltern, ihre Jugend in dem Bestreben neue Menschen zu werden, zu unterstützen. Die Jugend will sich befreien von den Banden des Ueberlieferten, vom Alkohol, Tabak und den Auswüchsen unseres Vergnügungslebens. In der Arbeiterjugend soll sie eine Stätte finden, wo sie mit Gleichgesinnten ihren Idealen leben kann. Gen. Garbe wies auf die zu gleicher Zeit stattgefundene Protestversammlung der Kommunisten hin, aus deren schwachen Besuch man die Gleichgültigkeit des hallischen Proletariats von der anderen Seite für die Not der ungarischen Genossen erblicken kann. Nachdem noch Genossin Röpsrt die Frauen aufgefordert, sich mehr an der Parteiarbeit zu beteiligen und Gen. Flücht auf die Bedeutung der Landtagswahl aufmerksam gemacht hatte, hielt Gen. Schwartz das Schlußwort. Er schilderte darin u. a. noch die scheußliche Mordtat der ungarischen Henker an Béla Kacsó, dem Verfasser unseres gestern begonnen Romans, der ein Freund des Gen. Schwartz war.

Die einstimmige Annahme der Resolution gegen die Racheurteile in Ungarn, welche wir bereits in der Montagausgabe veröffentlichten bildete den Schluß der Versammlung, deren Verlauf noch lange in allen Besuchern nachhallen wird.

Tagesordnung

für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, den 10. Januar, nachmittags 4 Uhr.

Oeffentliche Sitzung. 1. Neuwahl des Vorstandes. 2. Neuwahl des Ausschusses für Deputations- und Ausschußwahlen. 3. Erhöhung der Gebühren für Krankentransporte. 4. Ausbau der Fuhramts. 5. Erhöhung des Pflegesatzes für die Wanderarbeitsstätte. 6. Feuerversicherung des Wagenparks der Straßenbahn. 7. Umwandlung von Beamtenstellen. 8. Nachbewilligung für die Straßenbahn. 9. Desgl. 10. Desgl. für Kap. XX. A. I. 1—8. 11. Desgl. für die Jugendhilfe. 12. Desgl. für die Feuerwehr. 13. Desgl. 14. Desgl. 15. Desgl. Kap. VII. B. II. 9. 16. Desgl. Kap. VII. B. II. 10. 17. Desgl. Kap. VII. B. II. 1, 3, 8. 18. Desgl. für den Schlacht- und Viehhof. 19. Desgl. für Kap. XV. A. III. 4a. 20. Nachtrag zum Statut des Hospitals. 21. Gesuch um Ueberweisung von Grabstellen. 22. Gesuch um Erhöhung des Ruhegeldes. 23. Gesuch um Gehaltsregelung. 24. Gesuch um Weitergewährung von Ruhegeld. 25. Gesuch um Entschädigung für einen Straßenbahnunfall. 26. Gesuch der ständig Angestellten um Einkommensverbesserung. — Hierauf nichtöffentliche Sitzung. **Der Stadtverordnetenvorsteher. Ketl.**

Zur Abstimmung in Oberschlesien.

Die Bevollmächtigten Verbände heimattreuer Oberschlesier teilen mit: Die durch das Abstimmungsreglement für die Eintragungsgesuche in die Stammlisten vorgeschriebenen beiden Photographien müssen vor kurzer Zeit und ohne Hut aufgenommen sein, die Größe **von 4mal 4 Zentimeter haben und möglichst Schulterbilder sein.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210107-17/fragment/page=0005

Alle stimmberechtigten Oberschlesier müssen sich die beiden Photographien sofort beschaffen, da die Frist für die Einreichung der Anträge bereits vom 10. Januar ab und nur für ganz kurze Zeit läuft. Alles Nähere, auch Ersatz der Kosten für die Photographien bei den Ortsgruppen.

An die falsche Adresse geraten.

Am 27. d. Mts. waren zwei „Leipziger" hierher gekommen und hatten drei Herrenulster zum Verkauf mitgebracht. Nach vergeblichen Bemühungen, die Ulster in der Stadt zu verkaufen, kamen die Beiden nach dem Bahnhofe und hatten das Unglück, die Ulster dort einem Kriminalwachtmeister anzubieten. Dem kam die Sache um so verdächtiger vor, als der geforderte Kaufpreis auffallend niedrig war. Er nahm ihnen deshalb die Ulster ab und sie selbst in Polizeigewahrsam. Sie blieben dabei, die Kleidungsstücke in Leipzig von einem Unbekannten gekauft zu haben. Anscheinend rühren sie aber aus Diebstählen her. Es handelt sich um fast neue Ulster, davon ist einer grünlichblau mit 2 Reihen großen schwarzen Knöpfen, der zweite graubraun mit Gürtel, einreihig, unten fünfmal gesteppt, und der dritte graugrün, zweireihig, mit Gurt; unter dem Anhängsel befindet sich auf gelblichem Stoff die Fabrikmarke eingenäht, darauf stehen die Worte „Hochmodern, Elegant" und rechts und links neben der Marke „L. N." verschlungen. Die Geschädigten werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer 36 oder 37, zu melden.

Teerbrand. Gestern vormittag wurde die Feuerwehr nach der Göbenstraße gerufen, wo ein auf einem Grundstück aufgestellter Teerkessel umgefallen und der darin befindliche Teer in Brand geraten war. Die Wehr trat nicht in Tätigkeit.

Vom Hauptzollamt wird uns geschrieben: Im Amtsblatt der Reichsfinanzverwaltung Nr. 35 vom 11. v. M. Seite 459 ist ein Erlaß des Herrn Reichsministers der Finanzen über Freimachung der Postsendungen und Verweigerung von ungenügend oder nicht freigemachten Postsendungen abgedruckt. Hiernach ist für den Verkehr mit Privaten angeordnet worden, daß die Annahme von ungenügend oder nicht freigemachten Postsendungen von Privaten seitens der Reichsfinanzbehörden grundsätzlich zu verweigern ist, daß Schreiben von Privaten an Behörden, auf welche eine Antwort erwartet wird, seitens des Antragstellers ein Freiumschlag mit vollständiger Anschrift beizufügen ist, widrigenfalls in allen Fällen, in denen es sich lediglich um ein privates Interesse des Empfängers handelt, ein Bescheid grundsätzlich nicht erfolgt.

Erhöhung der Zigarettensteuer am 1. April. Durch eine Verordnung vom 3. Januar hat das Reichsfinanzministerium beschlossen, daß es die am 1. April 1920 vorgenommene Herabsetzung der Steuersätze um 50 Prozent aufhebt und die Ermäßigung auf 30 Prozent festsetzt. Die Erhöhung beträgt somit zwischen 11 und 60 Mk. für 1000 Stück. Natürlich werden die Leidtragenden in erster Linie die Raucher sein; denn die Fabrikanten verstehen es immer, sich um alle Steuerlasten zu drücken.

Stadttheater. Heute, Freitag, abends 7½ Uhr, gelangt die Oper „Die Gezeichneten" von Schreker zur Aufführung. Sonnabend, nachmittags 3 Uhr, Weihnachtsmärchen-Vorstellung bei volkstümlichen Preisen „Die Mäusekönigin", abends 8 Uhr „Das Wandbild"; vorher: Plastische Tänze von Hedwig Nottebohm. Sonntag, nachmittags 3 Uhr, „Die Mäusekönigin", abends „Fidelio". Montag „Der fidele Bauer".

Thalia-Theater. Wie bereits bekanntgegeben, gelangt im Thalia-Theater am Sonntag, den 9. Januar, abends 7½ Uhr, die Komödie „Der Biberpelz" von Gerhart Hauptmann zur Aufführung.

Freie Volksbühne Halle. 2. Werk (Stützen der Gesellschaft). D.: 8. Januar.

Provinz und Umgegend.

Kreiskonferenz Delitzsch.

Sonntag, den 9. Januar, vormittags 10 Uhr, findet im „Deutschen Haus" zu Delitzsch eine

Vorständekonferenz des Kreises

statt.

Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht.

Der Vorstand.

Die neuen Ortsklassen.

Auf Grund der Reichsratsbeschlüsse sind in den Ortsklassen A bis C zunächst Abänderungen vorgenommen worden. So sind nach Klasse B überführt u. a.: Magdeburg, Halle a. d. S., Bitterfeld, Staßfurt, Gera, Altenburg, Ilmenau. In Klasse C sind von größeren Orten eingereiht: Nordhausen, Weißenfels, Zeitz, Naumburg, Merseburg, Wernigerode, Eilenburg, Suhl, Delitzsch, Gotha, Greiz, Meiningen, Sonneberg, Rudolstadt, Rendsburg, Göttingen, Goslar.

Hohenmölsen. Freidenker. Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, findet im Hotel zum Löwen Mitgliederversammlung statt. Der Wichtigkeit halber ist es Pflicht eines jeden Mitgliedes in der Versammlung zu erscheinen. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Nebra. Den eigenen Vater beraubt. Ein Landwirt fuhr mit seinem Gespann in Begleitung seines 23jährigen Sohnes Getreide nach Laucha. Auf dem Heimwege bedrohte der Sohn plötzlich seinen Vater mit dem geladenen Revolver und forderte den Erlös des Getreides, 2300 Mark. Der alte Mann, überrascht von diesem ganz unerwarteten Angriff, gab das Geld her und wurde dann unsanft vom Wagen entfernt.

Weißenfels. Mitgliederversammlung der S. P. D. Am Dienstag, dem 28. Dezember 1920, fand in Hermanns Garten unsere Mitgliederversammlung statt. Gen. Keidel gab einen Bericht über die Bezirkskonferenz in Halle. Besonders Wert legte Genosse Keidel dabei auf die Jugendfrage, die Frauenfrage, die Beamtenfrage. Er behandelte eingehend die Kleinarbeit und wies überzeugend deren Wichtigkeit nach. Am 20. Februar gibt es einen Großwahltag. Es werden vorgenommen die preußischen Landtagswahlen, Provinzial- und Kreistagswahlen. Bei der Agitation selbst soll mehr Gewicht auf mündliche Arbeit gelegt werden. Parole soll sein: Hinaus aufs Land! Alle Mann an Bord! Genossin Bach gab ihren Bericht von der Preßkommission. Aus ganz kleinlichen nichtigen Gründen hätte eine Anzahl Genossen, besonders Beamte die Volksstimme abbestellt. Das müßte anders werden, die kommende rote Woche, Agitation für unsre Volksstimme, muß das wieder wett machen. Eine lebhafte Diskussion schloß sich den Berichten an. Genosse Kuthe kam auf den bevorstehenden Beamtenstreik zu sprechen und stellte einiges richtig. Genosse Thronicker ging näher auf den Geist und die Anregungen, die werbende Kraft die auf allen unseren Konferenzen herrscht, ein. Er bedauerte, daß man nicht genügend in unserer Ortsgruppe für ein regeres Parteileben Sorge trage. Das müsse im Interesse eines gesunden Fortschrittes anders werden. Jugendfrage-, Frauenfragen- und Diskussionsabende seien die Kernpunkte unseres Parteilebens. Genosse Kuthe gab den Kassenbericht der den Stand des Vereins entsprechend ein guter ist. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Zur Unterbezirkskonferenz, welche am 9. d. M. in Merseburg stattfindet, wurden die Genossin Bach und der Genosse Keidel delegiert.

Naumburg. Wichtige Versammlung. Am Freitag, den 8. Januar, abends 8 Uhr, findet im Restaurant zur „Post" eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung ist außerordentlich wichtig. Es sollen die Kandidaten für den Provinziallandtag und Kreistag aufgestellt werden.

Eisleben. Bei einem Wirte wundermild .... Vor einiger Zeit hatte die hiesige Polizei Gelegenheit, in dem Bewirtschafter des Gasthofs „Zum goldenen Stern" einen allem Anschein nach sehr gerissenen Mehl- und Getreideschieber zu fassen. Aber nicht das allein, auch hatte er die Frechheit, seinen Gästen Portionen Braten zu offerieren, die von einem im Stall verendeten und mit Hilfe des Hausknechts zerlegten Schweine stammten! Zu solchen Leistungen gehört nicht nur eine Gerissenheit, sondern vor allen Dingen eine bodenlose Gewissenlosigkeit. Daß die Portion zu 12 Mark verkauft worden war, setzt dem Ganzen noch die Krone auf. Es geschehen tatsächlich Dinge zwischen Himmel und Erde ....

Sangerhausen. Grenzenloser Profit. Die Aktienseilenfabrik in Sangerhausen erzielte bei 200 000 Mark Aktienkapital 1919/20 einen Bruttogewinn von 281 542,64 Mark. Die Reserve steht mit 9000 Mark zu Buche. — Höherer Gewinn als vorhandenes Aktienkapital. Hier kann der Steuerfiskus erscheinen!

Closchwitz. Eine Bildungsveranstaltung der S. P. D. Eine vom Bildungsausschuß der S. P. D. veranstalteter Lichtbildervortrag fand im Lokal des Herrn Kuckenburg in Trebitz statt. Ein Teil der zahlreich erschienenen Zuschauer besaß leider nicht das richtige Verständnis für die überaus lehrreichen Vorführungen. Hauptsächlich die kommunistische Arbeiterjugend benahm sich durchaus nicht anständig, was ein nicht gerade günstiges Licht auf sie wirft. Diese jungen Leutchen scheinen nicht das Sprichwort „Wissen ist Macht" auf sich beziehen zu wollen. Es wäre der kommunistischen Partei sehr zu empfehlen, sich der Erziehung ihrer organisierten Jugend nach Kräften zu widmen. Denn eine Partei, die sich berufen fühlt, einmal das deutsche Volk zu regieren, darf ihren Nachwuchs nicht in der Unwissenheit erhalten. Wir raten daher allen Ortsgruppen des Bezirks, von den Vorträgen des Bildungsausschusses reichlich Gebrauch zu machen, denn für alle Mitglieder der S. P. D. muß die Losung sein: Wissen ist Macht.

Delitzsch. Schuhwarendiebstahl und Verbrecherjagd. Bedeutende Schuhwarenvorräte wurden in der Nacht zum Dienstag aus der hiesigen Schuhfabrik infolge Einbruchsdiebstahl entwendet. Die Einbrecher sind durch die dahinter gelegenen Gärten mittelst einer Leiter in das Grundstück eingedrungen. Durch Nachschlüssel sind sie dann in die Lager- und Fabrikationsräume gelangt. 200 Paar Männer- und Frauenschuhe fielen den Dieben als Beute in die Hand. Die Kartons, in denen die Schuhe versandtfertig lagerten, wurden zurückgelassen, während man die Diebesbeute in dort liegende Säcke verstaute. Die durch einen Polizeihund aufgenommene Spur führte durch das dahinter liegende Haus der Elisabethstraße über die Linden- und Eilenburger Straße nach dem Berliner Bahnhof, wo der Hund die Spur durch die Sperre und über den Bahnsteig bis zum Güterschuppen verfolgte, wo anscheinend die Säcke herübergegeben worden sind. Es ist wohl damit zu rechnen, daß die Beute nach auswärts gegangen ist. Der entstandene Schaden wird auf 25- bis 30 000 Mark geschätzt. — Am Mittwoch abend in der siebenten Stunde ist es nun der hiesigen Polizei bereits gelungen, diesen Diebstahl aufzuklären. Die Polizei hatte erfahren, daß die Stiefel auf dem Güterbahnhof in einem Kohlenwagen von den Dieben verstaut waren. Am Mittwoch abend gegen 6 Uhr begaben sich nun mehrere Beamte in Zivil nach dem Bahnhof und hofften, daß die Diebe ihre Beute abholen würden. Sie hatten sich auch nicht getäuscht, denn bald erschien ein Mann, der sich an den betreffenden Wagen heranschlich. Auf einen Anruf des Beamten ergriff der Mann die Flucht und schoß auf den ihn verfolgenden Beamten. Der Verbrecher gab auf der Flucht sieben Schüsse ab und verletzte durch einen in der Marienstraße abgegebenen Schuß den aus der Haustür heraustretenden Messerschmiedemeister Dietze am Fuß. Der Beamte machte nun auch von seiner Schußwaffe Gebrauch und verwundete den Einbrecher, der verheiratet ist und aus Holzweißig stammt, durch einen Lungenschuß schwer. In der Karlstraße brach der Verwundete zusammen und wurde von dort nach der Polizeiwache getragen. Aerztliche Hilfe war sofort zur Stelle, die ihm den ersten Verband anlegte. Der Einbrecher, der erklärte, daß er das erste Mal hier gewesen sei, gab seine Tat zu und machte auch Mitteilungen über seinen Mittäter. Die bei ihm vorgefundenen Papiere lauteten auf einen falschen Namen. Als Stand war Kaufmann angegeben. Außerdem hatte der Einbrecher einen Kopfschützer bei sich, in dem sich im hinteren Teile zwei Löcher befanden, so daß die Vermutung nahe liegt, daß dieser Kopfschützer als Maske benutzt worden ist. Der Schwerverwundete wurde dem städtischen Krankenhause zugeführt. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Hoffentlich gelingen unserer Polizei noch weitere gute Griffe, damit endlich eine größere Sicherheit Platz greift. Die Tätigkeit der beteiligten Beamten verdient volles Lob.

Bitterfeld. Ob die „Kommunisten" Lehren aus dem weißen Schrecken in Ungarn ziehen? Vor einer außerordentlich gut besuchten Versammlung sprach am 4. Januar Gen. R. Schwartz (Budapest) über die Lehren des roten und weißen Terrors in Ungarn. Da schon über diese Vorträge berichtet worden ist, erübrigt sich ein näheres Eingehen auf das ganz vorzügliche Referat. In der Diskussion kühlten die Kommunisten wieder einmal so recht ihr Mütchen. Sie hatten ihre größten Schreihälse herangeholt. Und wenn Gen. Schwartz in seinem Referat die bedeutende Rolle des ungarischen Pfaffen als „Volksaufklärer" beleuchtete, so fühlte man sich versucht, einigen dieser straßenkommunistischen Schreihälse dies Beispiel zum Studium besonders zu empfehlen, denn sie laufen auch noch zum Pfaffen; vielleicht aber sind die Deutschen besser, oder aber sie predigen den Kommunismus, dann kann man es allerdings verstehen. Der Kommunist Kindler erging sich mal wieder von seinem „grundsätzlichen" Standpunkt aus in einem fürchterlichen Blutbade. Er begrüßte den Augenblick, wo er uns Sozialisten „baumeln" sehen würde. Ein Deutschnationaler hätte nicht besser und ausgiebiger schimpfen können. Na, die innere Befriedigung, die ihm seine „Rede" verschafft hat, gönnen wir ihm, wir haben dafür mal tüchtig gelacht. Die Kommunisten Borrmann und Taube wollten durch die dritte Internationale dem weißen Schrecken bei uns begegnen. Des weiteren sprachen noch Gen. Arnhold, der sich voll und ganz dem Gen. Schwartz anschloß, und zwei Kommunisten. Eine Entschließung, die gegen den Vollzug der Todes- und Kerkerstrafen über Sozialisten und Kommunisten in Ungarn protestierte, wurde einstimmig angenommen. In seinem Schlußworte ging Gen. Schwartz auf Aeußerungen einzelner Diskussionsredner ein, die er mit den Worten ihres größten Führers, Lenin, widerlegte. Nach 12 Uhr erreichte die etwas stürmische Versammlung ihr Ende.

Briefkasten der Redaktion.

A., Delitzsch. Der Bericht ging leider erst mit der Nachmittagspost ein.

Verantwortlich: Für Politik, Parteinachrichten und Gewerkschaftliches Paul Täumel; „Aus dem Stadtkreis" und Feuilleton Willi Lanzke; für Provinz und den übrigen redaktionellen Teil K. Garbe; für die Inserate Wilhelm Herzig; sämtliche in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Lebensmittel-Kalender.

Städtischer Verkauf von Rindertalg und Reis an alle Haushalte in der Talamtschule, am Sonnabend, dem 8. Januar 1921, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 22 501—24 500 nur vormittags von 8—1 Uhr. An jede Person aller Haushalte werden 145 Gramm Rindertalg zum Preise von 4 Mark und ½ Pfund Reis zum Preise von 2,50 Mark abgegeben. Ferner werden täglich markenfrei abgegeben Fleisch- und Wurstkonserven zu den bekannten Preisen, Armeekonserven mit reichlich Fleisch, die Dose 6,50 Mark; Malzextrakt, die Dose 4,30 Mark; Milchsüßspeise, 2 Pakete zum Preise von 1,10 Mark; Milchpulver, 100 Gramm zum Preise von 1,60 Mark und Trockenei (Ersatz für 5 Eier) 50 Gramm zum Preise von 3 Mark.

Städtischer Verkauf von Käse in der Talamtschule am Sonnabend, den 8. Januar, gegen Vorlage der Lebensmittelscheine an die Inhaber der Nummern 48 001 bis 50 000 nur vormittags von 8 bis 1 Uhr. Für jede Person eines Haushaltes werden 115 Gramm zum Preise von 1 Mk. abgegeben.

Halle, den 7. Januar 1921. Der Magistrat.

Vereins-Anzeiger.

Jede unter dieser Rubrik erscheinende Bekanntmachung kostet pro Zeile 20 Pfg. Im Vereinsanzeiger sollen alle Veranstaltungen der geselligen, gewerkschaftlichen u. politischen Organisationen angekündigt werden. Auch Todes- u. Beerdigungsmeldungen von Mitgliedern dient diese Rubrik.

Löbnitz a. d. Linde. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend, den 8. Januar, abends 7½ Uhr Monatsversammlung im Vereinslokal. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Mücheln. Am Sonntag, den 9. Januar, nachmittags 2 Uhr, im „Schützenhaus". Mücheln: Große, öffentliche Volksversammlung. Reichstagsabgeordneter Genosse Krüger spricht über „Die Wahlen am 20. Februar". Freie Aussprache. Einwohner von Mücheln und Umgegend erscheint in Massen. Die Einberufer.

Papitz-Schkeuditz. Sonnabend, den 9. Januar, abends ½8 Uhr, findet im Landhaus Papitz (Ritter) unsere diesjährige Hauptversammlung statt. Aeußerst wichtige Tagesordnung, u. a. Neuwahl des Vorstandes, daher ist es unerläßlich, daß auch die Säumigen an diesem Abend erscheinen. Der Vorstand.

Mein großer, mit auffallend billigen Preisen versehener

Inventur-Ausverkauf

beginnt am Sonnabend, den 8. Januar.

Was ich diesmal dem werten Publikum biete, läßt sich nur durch Besichtigung meiner Fenster-Auslagen feststellen.

Einige Beispiele meiner Billigkeit:

	18/21	20/22	23/24	25/26
Kinderlederstiefel schwarz und braun, mit Schönheitsfehlern	22^{50}	28^{50}	34^{50}	39^{50}

Lederstiefel (Lederausführung) . . 31/35 92^{50} | 27/30 82^{50}

Damen-Schnürhalbschuh Roß-, Chevreaux Lederausführung 36/42 74^{50}

Damenlederstiefel, meist Einzelpaare . . . . . . 88^{50}

Damenstiefel Lackbesatz mit Stoffeinsatz, beste Rahmenware, weit unter Herstellungspreis 36/39 138^{50}

Herren- prima Rindbox-Stiefel Rahmenware, gediegene solide Ausführung . . . . . 40/44 188^{50}

Ferner Einzelpaare in allen Gattungen. Stiefel- und Halbschuhe, sowie Winterwaren sind im Fenster mit Größen und niedrigsten Preisen genau kenntlich gemacht und ist daher jeder Einkauf von großer Ersparnis.

Schuhhaus Roland

Steinweg 19.

Der „Radikalismus" die Kinderkrankheit des Kommunismus.

Von V. Lenin.

Preis M. 2.50 u. 20 % T.

Buchhandlung Volksstimme, Gr. Ulrichstrasse 27.

Bestellungen nehmen alle Austrägerinnen entgegen.

Bei Einkäufen

bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der Volksstimme zu beziehen

Betreffs Heilung ohne Gifte bei Syphilis lese man „Ein vergessen. Heilmittel". Von einen Geheilten. Unzähl. Danksagungen. Zu bezieh. für Mk. 4.— verschl. portofrei. Sanitas-Verlag Abt. 26, Charlottenburg 3.

Lore Lindens Liebe

Sozialer Roman von Lydie Ruchland.

Ein Buch, welches gerade in den jetzigen Tagen der Bewegung für und gegen den Mutterschaftszwang von sozialpolitischem Wert ist. Es ist geschrieben für Menschen, die sich ein Herz für Liebe, Gerechtigkeit und Menschlichkeit gewahrt haben.

Preis Mk. 6.— und 20 % Buchhändler-Aufschlag.

Buchhandlung Volksstimme, Große Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519210107-17/fragment/page=0006
DFG